

Kedner, Abgeordneter Dr. Hoegner, geübt, worauf sich die Sozialdemokraten bei der Rede des Herrn v. Reventlow zu revanchieren versuchten. Beide Redner hatten die Behauptung vom Empfang ausländischer Gelder für den politischen Gegner aufgestellt. Solche Behauptungen können widerlegt, aber nicht durch Schreien aus der Welt geschafft werden. Zur Widerlegung aber ist eine geordnete Debatte und ruhiges Anhören nötig. Wenn schon das Anhören unerträglich erscheint, der muß sich dem durch Abwesenheit entziehen. Er darf aber den Redner nicht hindern, sondern muß es dem Präsidenten überlassen, einzugreifen, falls die parlamentarischen Grenzen überschritten werden.

Es ist ja überhaupt ein charakteristisches Zeichen dieses Reichstags, daß Unarten, wie sie früher von den Kommunisten geübt wurden, ihnen jetzt von einer stärkeren Fraktion heimgezahlt werden, zugleich ist es aber ein Beweis, daß diese Störungen nicht geduldet, sondern unter allen Umständen unterdrückt werden müssen. Sprechstühle, Befangensvorführungen, Schimpfparaden hindern das Parlament, seine Aufgabe zu erfüllen und niemand kann sich über Beratungen beklagen, wenn er sich vorher selbst bemüht hat, das Parlament arbeitsunfähig zu machen.

Es ist trotz aller dieser Störungen, trotz aller finsternen Prophezeiungen gelungen, die Lahmlegung des Reichstags zu verhindern. Er hat die ihm zunächst gestellten Fragen in ordentlichen Abstimmungen erledigt, wenn auch unter vielen Hindernissen und bei Anspannung aller Nervenkraft. Mehrfach haben die Führer der obstruierenden Parteien selbst versucht, ihre unbändige Befolgung zur Ruhe zu bringen.

Herr Straßer sprach in der letzten Geschäftsordnungsdebatte die unbegründete Behauptung aus, der Reichstag werde nicht am 3. Dezember, er werde überhaupt nicht mehr zusammenkommen. Zu solchen Behauptungen liegt keine Veranlassung vor. Solange der Reichstag sich nicht selbst umbringt, wird er zusammenkommen, wird er seine Entschlüsse fassen, wird er seine Rechte wahrnehmen können. Dafür zu sorgen ist meine Aufgabe und Pflicht. Eine andere Entwicklung könnten die Dinge nur nehmen, wenn diejenigen die Volkswortredung zur Arbeit unfähig machen, die jetzt am lautesten von den Rechten des Volkes reden! Ich nehme an, daß die Mehrheit stark genug und gewillt ist, das zu verhindern, was sie in den ersten fünf Tagen dieses Reichstags verhindert hat.

Steinwürfe auf Hörsting.

Razi und Razi in Robeit vereint.

Kiel, 20. Oktober. (Eigenbericht.)

Am Sonntag fand in Kiel eine Goutonferenz des Reichshammers Schwarz-Rot-Gold statt, an der der Bundesvorsitzende Oberpräsident Hörsting-Wagdeburg teilnahm. Hörsting traf am Sonntagabend in Kiel ein und wurde vom Reichshammer, das geschlossen am Bahnhof aufmarschiert war, begrüßt. Die Ankündigung des Reichshammers, daß es zu einem Unmut ausgerufen hatte, beantworteten die Nationalsozialisten und Kommunisten damit, daß sie ihre Anhänger gleichfalls nach dem Bahnhof dirigierten und daß besonders die Kommunisten aufforderten, „gehörtend zu begrüßen“.

Als Hörsting den Bahnhof verließ, wurde er stürmisch vom Reichshammer begrüßt und sofort setzte ein ohrenbetäubender Lärm der Kommunisten und Nationalsozialisten ein. Das abmarschierende Reichshammer übertrug mit seiner Musik sofort den Lärm, und nun begann ein mustergültiger Unmut durch die Stadt nach dem Gewerkschaftshaus. Die Kommunisten und Nationalsozialisten vereinigten sich jetzt und marschierten an beiden Seiten des Reichshammerzuges, die wüsten Beschimpfungen und Beleidigungen gegen Hörsting ausstehend. Das Reichshammer reagierte auf diese Provokationen nicht. Deshalb gingen die vereinigten Kommunisten und Nationalsozialisten zum Angriff über und begannen mit Steinen zu werfen, und zwar auf Hörsting und den neben ihm marschierenden Gauvorsitzenden Hansen.

Rummel war die Geduld des Reichshammers zu Ende. Der Angriff wurde tatkräftig abgewehrt und die Kommunisten und Nationalsozialisten wurden in kurzer Zeit in die Flucht geschlagen. Der Reichshammerzug konnte dann ungehindert weitermarschieren. Nur an einigen Strahnen erfolgten neue wüste Beschimpfungen und Beleidigungen. Ganz ohne jede Ursache wurde ein Reichshammermann kurz vor dem Gewerkschaftshaus durch einen Messerstich in den Rücken schwer verletzt. Er mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Im Gortien des Gewerkschaftshauses sprach Hörsting vor vielen tausend Menschen über die politische Lage und kennzeichnete die ganze Robeit der Kommunisten und Nationalsozialisten.

Auf der Goutonferenz am Sonntag erklärte Bundesvorsitzender Hörsting unter stürmischem Beifall, das Reichshammer werde niemals angegriffen, es sei aber gerüstet und werde die nationalsozialistischen und kommunistischen Angreifer zurück schlagen, und zwar mit denselben Mitteln, mit dem der Angriff auf das Reichshammer selbst oder auf die Republik erfolgt. Die Goutonferenz zeigte aus neue, daß das Reichshammer die politische Lage durchaus kennt, daß es stark im Wachsen ist, und daß es für den Schutz der republikanischen Verfassung und der gelamten republikanischen Front notwendiger denn je ist.

Razi-Umgang mit Ministern.

Rupp und die Ruppigen.

Die Regierung hat jetzt das Vergnügen, auf Reichweite direkt den 107 Razi gegenüberzustellen. Die springen manchmal auf und weisen mit dem Finger auf den oder jenen Minister, der dann den Kopf zurückbiegen muß, um seine Nase in Sicherheit zu bringen. Schon ist der Abg. Leh — von dem man behauptet, er habe ein v aus seinem Namen getrieben — wegen Belästigung der Minister zur Ordnung gerufen worden.

Am Sonnabend begab sich folgendes: Birth sah einen jungen Mann und sprach ihn an: „Sagen Sie, sind Sie nicht der Sohn meines alten Landtagskollegen Rupp?“

Raum hatte das der Angeprochene bejaht, als sich ein Dritter dazwischen schob: „Du — mit dem (auf Birth weisend) darfst du nicht sprechen! Das ist überhaupt kein Mensch!“

Bezeichnungen über den Finanzansgleich. Reichsanwalt Dr. Brüning und Reichsfinanzminister Dr. Dietrich werden am Dienstag zu einem kurzen Aufenthalt in Stuttgart eintreffen und mit den Ministern von Württemberg, Baden und Hessen über die Fragen des Finanzansgleichs und der Gestaltung der Finanzen in Reich, Ländern und Gemeinden Besprechungen führen.

Bitte Farbe bekennen!

Wie stellt sich die Kommunistische Partei die Zukunft vor?

Wie zu erwarten, stimmt die „Rote Fahne“ das übliche Verbotsgesetz gegen die Sozialdemokratie an. Sie hat sogar entdeckt, daß die Abstimmung vom Sonnabend „der größte Betrug seit 1914“ gewesen sei, wobei ihr offenbar entfallen ist, daß sie das gleiche schon rund zwei Duzend Mal behauptet hat. Wollte man die Kraftworte wie „Schandtat“, „Betrug“ usw. zählen, die das kommunistische Organ in wenigen Zeilen anbringt, man läme nicht zu Ende.

Nur über eins schweigt sich die „Rote Fahne“ aus: wie nämlich nach einer ihr genehmen Abstimmung der Sozialdemokratie die Sache hätte weitergehen sollen. Die „Rote Fahne“ schuldet die Sozialdemokratie zwar an, daß sie für die „halsabschneidende“ Regierung Brüning gestimmt habe (was nicht der Fall ist), aber sie äußert sich nicht darüber, auf welche Weise die Kommunisten nach einem Sturz der Brüning-Regierung eine „ganz-faschistische“ Regierung hätten verhindern wollen, eine Regierung mit nationalsozialistischem und deutschnationalem Reichswehr- und Innenminister, die ihre Hauptaufgabe darin erblickt hätten, den Staat in faschistischem Sinne sturmreif zu machen und die Reichswehr dahin zu dirigieren, wohnin die wegen Hochverrats verurteilten Ulmer Reichswehrtruppeneinheiten sie haben wollten: daß sie nämlich im Falle eines Putsches die Reichswehr auf Rechts nicht schießen würde.

Die Kommunisten sind auf die Frage, warum sie eine Regierung Fried-Hugenberg-Odenburg-Januschau im Reiche der Regierung Brüning vorziehen, um so mehr eine klare Antwort schuldig, als sie auch in Preußen alles in ihren Kräften stehende getan haben, um einer faschistischen Diktaturregierung im Reiche freie Bahn zu schaffen. Erst vor wenigen Tagen hat die Kommunistenfraktion des Preussischen Landtages sich die reichste Mühe gegeben, im Interesse der preussischen Rechtsparteien die Regierung Otto Braun aus dem Sattel zu heben. Bis zum letzten Mann haben die Kommunisten Schulter an Schulter mit den Nazis und den Deutschnationalen für das Mißtrauensvotum gegen Otto Braun gestimmt. Sie werden ohne Zweifel am Dienstag auch für die Aufhebungsanträge der Rechten stimmen, die darauf abzielen, einer Rechtsregierung in Preußen die Bahn freizumachen.

Was ist also das praktische Ziel der kommunistischen Politik? Die kommunistische Politik erstrebt im Reiche wie in Preußen Rechtsregierungen unter bestimmtem nationalsozialistischem Einfluß. Die Sozialdemokratie verhindert diese Rechtsregierung und wird von den Kommunisten deswegen beschimpft. Die Arbeiterschaft hat aber ein Anrecht darauf, von den Kommunisten zu erfahren, wie diese sich das Weitere eigentlich vorstellen, wenn die Sozialdemokratie etwa wirklich so wichtig wäre, der KPD ihren Willen zu tun und auch ihrerseits den Rechtsparteien im Reich und in Preußen aus Ruder zu verfehlen. Glaubte die „Rote Fahne“, daß die Arbeiterklasse besser fahren wird, wenn die Reichswehr Herrn Fried und die preussische Polizei Herrn Goebbels untersteht? Man hat doch wohl das Recht, von den Kommunisten eine präzise Antwort — nicht irgendwelche

allgemeinen Phrasen — auf die Frage zu hören, wie sie in einer solchen Situation erfolgreich für die Arbeiterklasse zu operieren, namentlich die Gefahr einer Rechtsdiktatur zu verhindern gedenkt.

Die „Rote Fahne“ hofft auf innere Streitigkeiten, in denen der Sozialdemokratie „das Genick gebrochen“ werden könnte. Vergebliche Hoffnung! Die sozialdemokratischen Arbeiter sehen erlaucht und entrüstet, wie die KPD, alles tut, um dem Faschismus zu helfen. Sie denken nicht daran, den Kommunisten gegen ihre eigene Partei Dienste zu leisten.

Amnestierte Mordlust.

Dafür haben die Kommunisten gestimmt.

Durch die in der Somnagnaht vom Reichstag beschlossene Amnestie wird der Landwirt Klapproth, der von den Gememördern noch fast aus dem Gefängnis entlassen werden. Er war an mehreren der Gememordaten beteiligt und sollte noch bis zum Jahre 1940 Strafe verbüßen. Wie ein Gericht, das wirklich nicht in dem Verdacht stand, scharf gegen die Gememörder zu sein, sich über Klapproth geäußert hat, beweist die Urteilsbegründung des Schwurgerichts Landsberg a. d. W. In den schriftlichen Urteilsgründen heißt es u. a.:

Bei der Tat hat Klapproth eine so unmenschliche Robeit an den Tag gelegt, daß dadurch alle Milderungsgründe weitgemacht werden. Wenn er Büchling verhindert hat, Gröschke bereits in der Zelle niederzuschlagen, so geschah das nicht etwa aus einer Regung des Mitleids heraus, er wollte es lediglich vermeiden, daß die Zelle mit Blut befudelt und die Tat sofort entdeckt würde. Dann schleppte Klapproth den zerschundenen, kaum mehr seiner Sinne Mächtigen zum Tode, wie man ein Tier zur Schlachtkamp schleppt. Nicht einen Augenblick kam ihm der Gedanke, daß die ganz unbestätigten Vorwürfe für die Verräterei, für die Gröschke den Tod erleiden sollte, vielleicht unbegründet sein könnten. Er dachte nicht daran, daß man dem Opfer noch eine letzte Gelegenheit geben möchte, sein Gewissen zu erleichtern und um Gnade zu stehen. Seine Mordlust war gemischt, und er wollte ihr frönen.

Das Gericht hatte den Angeklagten Klapproth und Kaphoel auch die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Es begründete dies folgendermaßen:

Es kann unerörtert bleiben, ob ein lediglich aus politischen Gründen begangener Mord jemals eine ehrlose Handlung sein kann. Hier aber bei der Tötung eines wehrlosen Menschen hat jedenfalls die politische Erwägung nur eine ganz geringe Rolle gespielt. Vorherrschend war die unmenschliche Robeit und hemmungelose Mordlust. Deshalb hat das Gericht die Tat dieser beiden Angeklagten als ehrlos angesehen.

Und so etwas läuft nun dank der kommunistischen Hilfe wieder in Freiheit herum! Die edle Entrüstung, die die Kommunisten jahrelang über die Gememorde gemimt haben, erweist sich als heuchlerische Komödie. Herr Klapproth ist Fleisch von ihrem Fleisch!

Ein kleiner Goebbels.

Auch der „Herr Baron“ von Ribbentrop ist krank.

„Vor dem Gericht dieses Systems steht heute der Bg. v. Ribbentrop, München. Ueber den Ausgang dieses Prozesses spricht er und sein Verteidiger Bg. Rechtsanwalt Dr. Feister, Kassel, heute abend 10 Uhr in den Stadthallen. Juden Zutritt verboten.“

REDAKT. Weissenfels.

Mit diesen Handzetteln wurde an einem Vormittag der letzten Woche Weissenfels überhämmert. Vor dem Großen Schöffengericht sollte sich der berufsmäßige Raziagitator von Ribbentrop wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz verantworten. In einer Razioperformung im August d. J. hatte er in unfähigster Weise den Reichspräsidenten Ebert, den Reichsaußenminister Stresemann und den preussischen Ministerpräsidenten Braun beschimpft. Von einem anwesenden Kriminalbeamten wurden seine größten Gemeinheiten, z. B. „Stresemann habe sich totgefressen, während Millionen verhungerten“, sofort notiert und Anzeige erstattet.

Trotz der marktfeierlichen Handzettel zog es der „Bg.“ Manfred von Ribbentrop vor, den besseren Teil der Tapferkeit zu wählen. Er kniff. Nach berühmten Vorbildern schickte er dem Gericht aus einem oberbayerischen Kurort ein ärztliches Attest, wonach er mit den Nerven derartig herunter sei, daß er zur Verhandlung nicht erscheinen könne. Außerdem habe er einen Grippeanfall. Merkwürdigerweise war trotz der Bombentreffe kein einziger Nazi als Zuhörer erschienen. Man hatte also gewußt, daß die Handzettel Dummensinn waren.

Oberstaatsanwalt Kehler beantragte den sofortigen Erlass eines Haftbefehls. Das ärztliche Attest sei sehr zweifelhaft und unglaubwürdig. Ribbentrop, der als nationalsozialistischer Wanderredner in ganz Deutschland umherreiste, sei sehr schwer zu fassen und müsse endlich einmal festgesetzt werden. Nach kurzer Beratung entschied das Gericht: „Ribbentrop soll ein amtsärztliches Attest beibringen. Wenn das nicht geschieht, wird Haftbefehl erlassen.“

Razi-Geld nach Dänemark!

Dolenkreuz-Kapital flüchtet vor dem Dolenkreuz.

In einem Bankkurator einer dänischen Genossenschaft erfahren umlängst — so erzählt der Kopenhagener „Socialdemokraten“ — ein deutscher Herr und verlangte bringend eine Unterredung mit dem Direktor unter vier Augen. Borgelassen öffnete der Deutsche seinen Red, trennte das Futter auf und überreichte dem Direktor 3500 M. zwecks Verwahrung.

Der seltsame Vorgang gab dem Direktor Anlaß, mit dem Deutschen ein politisches Gespräch anzuknüpfen, in dem sich dieser als krammer Nationalsozialist bekannte. Das dritte Reich, versicherte er, werde bestimmt kommen. Bis dahin jedoch müsse man mit allen Eventualitäten rechnen. Darum bringe er jetzt sein Bißchen in Sicherheit.

Oroener gegen Odenburg.

Briefliche Antwort angekündigt.

Der Reichswehrminister wird auf die Rede des Deutschnationalen Reichstagsabgeordneten von Odenburg-Januschau in der Sonnabendabstimmung des Reichstags brieflich antworten. In

der Antwort, die nach der inzwischen erfolgten Einsichtnahme des Reichswehrministers in das amtliche Protokoll der Rede, am Dienstag oder Mittwoch an Odenburg-Januschau abgehen wird, werden die Angriffe des deutschnationalen Abgeordneten auf die Führung der Reichswehr entschieden zurückgewiesen und charakterisiert werden.

Die Schiebung der Parzivate.

Demokratischer Schmerz um sechs Mandate.

Der Ehescheidung zwischen Demokraten und Jungdeutschen folgt die Vermögensauseinandersetzung auf dem Fuße. Die Jungdeutsche erklären kaltblütig: Wir zahlen nicht! Da die Demokraten Bargeld nicht erhalten können, wollen sie Mandate. Herr Höpfer-Aichoff hat die Jungde-Reichstagsabgeordneten Abel, Wolph, Bornemann, Boltrulsh, Hesse und Prüg aufgefordert, ihre Mandate niederzulegen und sie für die Staatspartei, will sagen für die Demokraten frei zu machen. Indessen ist auch da nichts mehr zu holen. Einer der Aufgeforderten hat bereits höflich und entschieden abgelehnt. Er hat sich für die „wirklich aufopfernde Bahlarbeit“ der Demokraten für ihn bedankt — aber er behält sein Mandat.

Die reinen Parzivate vom Jungde entpuppen sich plöglch als geriffene Jungen. Was sie mit den Demokraten gemacht haben, ist eine nette Schiebung! Sozusagen politischer Heirats-schwindel!

Woldenhauers neues Amt.

Im Versicherungsbeirat beim Reichsaufsichtsamt.

Der Reichspräsident hat den Reichsminister a. D. Dr. Woldenhauer und den Redaktor der „Frankfurter Zeitung“, Arthur Bauminger, auf die Dauer von fünf Jahren zu Mitgliedern des Versicherungsbeirats beim Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung ernannt.

Woldenhauer kann kaum als unabhängiger Versicherungsmann gelten. Deshalb ist die Ernennung zu bemängeln. An sich sind im Beirat des Reichsaufsichtsamts solche Leute vertreten, die von den großen Versicherungsdirektoren abhängig sind. In der Praxis kontrollieren sich also die Direktoren selbst. Wir bringen das Verlangen des Reichsaufsichtsamts nicht zuletzt mit dieser Tatsache in Verbindung. Die Forderung der Angestelltenorganisationen, Arbeitsnehmer in den Beirat zu delegieren, erhöht dadurch ihre tiefere Bedeutung. Selber hat man davon abgesehen. Damit kann die Angelegenheit natürlich nicht erledigt sein. Die Angestelltenorganisationen werden weiter um ihre Vertretung im Beirat kämpfen.

Karneval und Not.

Eine Wohnung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz.

Koblenz, 20. Oktober. (Eigenbericht.)

In einem Aufruf erfuhr der Oberpräsident der Rheinprovinz die rheinische Bevölkerung, gesellschaftliche Veranstaltungen, die zur Not der Zeit in stärkstem Gegensatz stehen, im kommenden Winter in weitestem Maße einzuschränken. Wenn Feiern nicht ganz vermieden werden können, dann sollten sie schlicht einfach und kurz sein.

Unternehmersolidarität.

Vertrauliches Rundschreiben der Spitzenorganisationen.

Wir sind in der Lage, den Inhalt eines vertraulichen Rundschreibens der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zu veröffentlichen. Das Rundschreiben ist datiert vom 17. Oktober 1930 und trägt die Nummer 137. Zunächst werden die bekannten Vorgänge aufgezählt. Dann heißt es:

Mit Rücksicht auf die allgemeine und grundsätzliche Bedeutung dieses Schiedsspruches für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Senkung der Wertschöpfungskosten der deutschen Wirtschaft ist es selbstverständlich, daß das gesamte deutsche Unternehmertum gegenüber den Mitgliedsfirmen des Verbandes Berliner Metallindustrieller in jeder Hinsicht Solidarität übt. Dazu gehört auch weitgehende Rücksichtnahme hinsichtlich der Ausführung von Aufträgen, die an bestellte Firmen bereits vergeben sind oder vergeben werden sollen. Ebenso wie in dem alten Abfahr- und Kundenkreis der Berliner Metallindustrie während des Streiks nicht von dritter Seite unter unsolidarischer Ausnutzung der Streiklage eingegriffen werden darf.

Wie bitten umgehend in diesem Sinne für weitestgehende Aufklärung in Ihren Mitgliedskreisen Sorge zu tragen.

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände.
gej. Braumüller.

Reichsbund der deutschen Industrie.
gej. Raßl.

Man sieht also: um die Löhne der schlecht bezahlten Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Metallindustrie noch mehr zu drücken, gibt es für das gesamte Unternehmertum nur eine Parole: unbedingte Solidarität mit den Lohnrückgänglern. An einer solchen Klassen-solidarität, auch unter Opferung des eigenen Profits könnte sich mancher Arbeiter — von den Kommunisten gar nicht zu reden — noch ein Beispiel nehmen. Ueber die Streiklage selbst berichten wir in der zweiten Beilage.

Die Affäre Nientimp.

Der frühere Reichstagsabgeordnete nach Straßburg geflüchtet.

Bochum, 20. Oktober. (Eigenbericht.)

Der frühere Reichstagsabgeordnete des Zentrums, Nientimp aus Bochum, gegen den in Dortmund ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung und Bestechung schwebt, soll, wie es heißt, nach Straßburg geflüchtet sein.

Verhandlungen Nientimps und seines Mitwissers, des früheren Geschäftsführers der Großhandlungsgenossenschaft der westfälischen Bäckerinnungen, Hundermarkt mit dem Vorstand der Genossenschaft, durch Zahlung von 80 000 Mark den Schaden gutzumachen und dadurch einen Strafentwurf zu verhindern, zerschlugen sich, weil Hundermarkt sich an der Aufbringung der Summe nicht beteiligen wollte.

Kein Kurswechsel in Südtirol.

Der italienische Faschismus dementiert einen Hitler-Schwindel.

Auf die vor einigen Tagen durch die deutsche Presse gegangene Meldung (d. h. vor allem durch den „Völkischen Beobachter“, der diesen Schwindel zwecks Stimmungsmache für den Faschismus groß aufmachte. Red. d. „S.“), wonach der Präfekt von Bozen angeblich den deutschen Privatschulunterricht in vollem Umfange wieder zugelassen habe, schreibt die Zeitung „Il Brennero“ wörtlich: „Es ist überflüssig zu sagen, daß diese Meldung absolut jeder Grundtatsache entbehrt und daß die deutsche Presse das Opfer einer Ente geworden ist, deren Ursprung man sich leicht denken kann. Die direkte und gradlinige Politik der Herrschaft gegenüber Südtirol wie auch gegenüber allen anderen Gebieten Italiens läßt keine Umkehr zu. Auch hinsichtlich der Aufhebung der deutschen Schulen, die ein Herd des Anti-Italienertums waren, gibt es keine Umkehr. Es genügt das Beispiel der kürzlich erfolgten Schließung der slowenischen Schule in Triest, die ein wahres Infektionszentrum für die moralische Gesundheit der jungen Seelen war, um zu verstehen, wie gefährlich dergleichen Kulturraufen in dem ruhigen und ernstlichen Leben der italienischen Grenzprovinzen sind.“

Krise im Zionismus?

Weizmann legt den Vorfuß nieder.

Der Präsident der zionistischen Weltorganisation und der Jewish Agency in Palästina, Dr. Weizmann, hat dem englischen Kolonialminister in einem Schreiben mitgeteilt, daß er seine Kämmer niederlege und einen Kongreß der beiden zionistischen Organisationen einberufe.

Dieser Entschluß dürfte mit folgender Meldung aus London zusammenhängen:

Die englische Regierung wird am Dienstag eine Erklärung über die Palästina-Politik veröffentlichen. Damit findet die Diskussion zwischen London und Genf über die Verwaltung des palästinaischen Mandats durch England ihren Abschluß.

Die Erklärung der Regierung wird die Richtlinien enthalten, die sich aus den Untersuchungen verschiedener englischer Kommissionen in Palästina über die arabisch-jüdische Frage, sowie über die Einwanderungspolitik ergeben haben. In englischen zionistischen Kreisen herrscht bereits große Erregung über die von der Regierung geplante Einführung eines Parlaments in Palästina, in dem die Araber offenbar eine starke Vertretung haben sollen.

Die Himmelsregierung Daugain hat unter offenem Verfassungsverbruch die ständige Parliamentskommission im Beheminstertum abgeschafft. Gegen den früheren Bundesbahnpräsidenten Dr. Günther hat die Staatsanwaltschaft wegen der Geheimfonds eine Untersuchung eingeleitet, ebenso gegen zwei frühere Direktoren, die hohe Zuwendungen erhalten hatten. Bei den Vertrauensmännerwahlen im Bundeshaushalt haben die sozialdemokratischen Soldaten leere Zettel abgegeben, da der amtliche Wahlzettel ihnen doch keine Erfolgsaussicht läßt, sie aber nach Maßregelungen aus Rücksicht keine Sehnsucht haben. Die Soldaten haben das politische Wahlrecht und werden es am 2. November ausüben.

In Helsingfors ist für heute ein großer Rappo-Aufmarsch angesetzt. Man befürchtet einen Putschversuch, zumal die Regierung die Entführung des Expräsidenten Stachling hat verhaften und den Rappo-Führer Kojala zur Selbstübergabe hat auffordern lassen. Die Rappo-Leitung erklärt schon vorfahrschwer, dieser Aufmarsch geht nicht von ihr aus.

Die bereitete Diktatur

Nach der Reichstagsabstimmung stimmte ein Sprecher von nationalsozialistischen Abgeordneten die kommunistische Parole an:



„Wer hat uns verraten? — Die Sozialdemokraten!“

Pilsudskis neuester Anfall.

Er kann vom Abort nicht lassen.

Warschau, 20. Oktober. (U.)

In einem neuen Sonntags-Interview spricht Pilsudski wieder von seinen augenblicklichen Arbeiten am Haushaltsplan für das kommende Haushaltsjahr. Auch dieses Interview enthält die an Pilsudski in der letzten Zeit gemachten drastischen Schimpfwörter und gibt daher erneut zu bestimmten Bedenken Anlaß. U. a. erklärt er, das bisherige System habe notgedrungen zu Beitrügereien geführt. Er habe dem Justizminister Car und dem Innenminister General Skladowski (die vom letzten Sejm am heftigsten bekämpften Minister) geraten, sie sollten sich wählen lassen, um im kommenden Sejm den Abgeordneten sagen zu können: „Du Dummkopf, ich bin gerade so ein unabhängiger Abgeordneter wie auch du Trottel, daher schweige und

stecke dein Maul in deinen Abort!“

Zu den letzten Vorgängen, wie dem geplanten Bombenanschlag und dem angeblichen Anschlag in Egenstochau, die ihn, Pilsudski, „nur wenig angehen“, erklärte der Marschall, das seien die Folgen einer Zufallserscheinung und eines ziemlich stinkenden Größenswahnsinns der Sozialisten. Denn zunächst redeten die Sozialisten von „Bewaffnung des Volkes“ und hätten hierzu dunkle und geistig wenig entwickelte Elemente herangezogen, um dann von ihnen abzurücken und die Schuld für die Taten anderen in die Schuhe zu schieben. Der Versuch, den Parlamentarismus mit dem Resolvoer zu verbinden, sei ein Rekord der Dummheit der polnischen Sozialisten. Sobald die Wahlen vorbei seien, werde er, Pilsudski, jegliche Demonstrationen endgültig verbieten.

Der angebliche Anschlag auf Pilsudski, der ihn auf einmal „nur wenig angeht“, stellt sich immer deutlicher als eine plumpe Polyzelaktionspolizeiaktion heraus, zu der sich ehemalige Terroristen aus der Jarenszeit und Freunde Pilsudskis, die in der PSE nie eine Rolle gespielt haben, angegeben haben. Um aber die Wahrheit über diesen verbrecherischen Treiben seiner eigenen Organe zu unterbinden, hat Pilsudski den sozialdemokratischen „Robotnik“ wieder einmal beschuldigungen lassen!

Was ist mit Liebermann?

Aus Warschau wird uns geschrieben: Zu der kürzlich durch die Presse gegangenen Mitteilung, wonach der Führer der polnischen Sozialdemokratie, Liebermann, einen Mandatsverzicht unterschrieben habe, erfahren wir, daß das betreffende Schriftstück nicht von Liebermann selbst unterschrieben ist, sondern von drei polnischen Festungsoffizieren der Festung Brest-Litowsk, wo Liebermann seit Auflösung des Sejms in Haft gehalten wird. Obwohl der Wahlkommissar diese „Verzichts“erklärung nicht anerkannt hat, herrscht in den

Kreisen der polnischen Sozialdemokratie lebhafteste Beunruhigung über das Schicksal Liebermanns, von dem seit seiner Verhaftung keinerlei Lebenszeichen mehr vorliegen. Es wird sogar befürchtet, daß Liebermann dem Fanatismus der Pilsudski-Verte zum Opfer gefallen sein könnte.

Der Tschenschoauer Mord.

Aus Polen erfahren wir: Da sich der Mann, der drei leitende Funktionäre der Tschenschoauer Krankenkasse durch Schüsse getötet hat, gleich darauf selbst das Leben nahm, ist der Grund oder Anlaß der Tat nicht feststellbar. Es gibt keinen Anhalt dafür, daß der Täter Mitglied oder Anhänger der sozialistischen Partei war und daß die Zerstörung der Parteikasse durch Falschheit ihn zu seiner furchtbaren Tat veranlaßt hat; aber die Sozialistenhebe hat sich dieses Falles sofort bemächtigt und Duzende Tschenschoauer Sozialisten verhaftet.

Gemeinsamer Wahlauftritt deutscher und polnischer Sozialisten.

Warschau, 20. Oktober.

Die Polnische Sozialistische Partei und die Deutsche Sozialistische Arbeitspartei in Polen erklären in einem gemeinsamen Aufruf, daß der gegenwärtige Kampf um die Demokratie in Polen eine Zusammenarbeit des Sozialismus mit den Bauernparteien erfordert. Aus diesem Grunde hätten die beiden Parteien beschlossen, dem Wahlblock der Links- und Mittelparteien beizutreten. Der Aufruf beschäftigt sich sodann in seinem Hauptteil mit der Minderheitenfrage, deren Lösung die Verwirklichung dreier Grundzüge verlange: „Wirkliche und in jeder Hinsicht durchzuführende Gleichberechtigung der den nationalen Minderheiten angehörenden Staatsbürger mit Bürgern polnischer Nationalität; territoriale Autonomie für Minderheiten, welche geschlossene Siedlungsgebiete bewohnen; kulturelle und schulpolitische Selbstverwaltung für sogenannte zerstreute Minderheiten.“ Der erste und dritte dieser Grundzüge, so heißt es im Aufruf weiter, umfassen die Gesamtheit der Bestrebungen und Bedürfnisse der deutschen Minderheit in Polen. Die beiden Parteien übernehmen die Verantwortung dafür, daß im künftigen Sejm die Interessen und gerechten Forderungen der deutschen werktätigen Massen in Polen verteidigt werden sollen. Die Solidarität mit sozialistischen Parteien der anderen nationalen Minderheiten bleibe bestehen, obwohl diese Parteien (gemeint sind die ukrainischen und die jüdischen Sozialisten) in der gegenwärtigen Wahlkampagne einen anderen Weg gegangen seien.

Neuer Konflikt Rußland—Mandschurei.

Russische Ostbahner ermordet.

Moskau über Kowno, 20. Oktober. (U.)

Das Außenkommissariat der Sowjetunion hat ein Telegramm von dem Leiter der chinesischen Ostbahn erhalten, worin dieser mitteilt, daß am 12. Oktober zwei sowjetrussische Angestellte der Ostbahn, Salatin und Bogolebow, ermordet worden seien, zwei weitere Angestellte von Weichgardisten verhaftet worden seien. Der Leiter der Ostbahn schreibt die Morde den Weichgardisten zu. Von der Sowjetregierung werden Schritte verlangt, um die Angestellten der Ostbahn vor Terrorakten zu schützen. Das Außenkommissariat hat darauf den russischen Generalkonsul in Chabin angewiesen, sofort eine Untersuchung einzuleiten.

Geschwobchenbilanz der Moskauer GPU.

64 Todesurteile, 2000 Verhörungen nach Sibirien, 736 Gefängnisstrafen.

Nach amtlichen Moskauer Meldungen hat die GPU im September und in der ersten Hälfte des Oktober rund 3000 Strafverfahren gegen russische Bürger in Moskau durchgeführt, die beschuldigt waren, Gegenrevolution und Spionage mit Lebensmitteln betrieben zu haben. 2000 der Angeklagten wurden nach Sibirien verbannt, 736 wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt und 64 zum Tode.

Rußlands Spionage in Rumänien.

112 Verhaftungen.

Bukarest, 20. Oktober. (Eigenbericht.)

Rußland hat in Rumänien seit Jahren eine außerordentlich umfangreiche Spionageorganisation unterhalten, die in den letzten Monaten ein Sonderdezernat der rumänischen Polizei Tag und Nacht beschäftigt. Als die Spione sich beobachtet fühlten und ihre Tätigkeit umzustellen trachteten, griffen die rumänischen Behörden zu. Auf Veranlassung des Justizministers wurden in Bukarest, Krawstadt, Klawenburg, Tassy und zahlreichen anderen Städten

über Nacht 112 Personen verhaftet.

Die sämtlich der Spionage zugunsten Rußlands überführt sein sollen, sämtlich Verhafteten wurden in das Militärgefängnis nach Bukarest gebracht.

Die russische Spionageorganisation verfügte nach den bisherigen Ermittlungen über ungeheure Geldmittel. Der Leiter der Organisation war ein reichsdeutscher Ingenieur, der direkt mit der Sowjetregierung in Wien arbeitete und von dort Geld und Instruktionen empfing. Bezeichnend für den Umfang der Spionageorganisation ist auch, daß sie in Bukarest einen Kurzwellenapparat unterhielt, der ständig mit Wien in Verbindung stand. Der Gegenapparat befindet sich in der Wiener Sowjetgesandtschaft.

Generalkapitän Wenler gestorben. Der als Militärgouverneur von Kubo bekanntgewordene Generalkapitän und spätere Chef des Generalstabes Valeriano Wenler ist heute nachmittag im Alter von 91 Jahren gestorben. Wenler wurde als Gegner von Primo de Rivera noch vor vier Jahren auf die Insel Mallorca verbannt.

Berlin soll reformiert werden.

Das Selbstverwaltungsgesetz für die Hauptstadt Berlin vor dem Landtag.

Am Preussischen Landtag gab am Montag vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Bugdahn (Soz.) eine Erklärung ab, die sich auf die Behauptung des Abg. Schubert (Komm.) bezieht, in der dieser davon Mitteilung machte, daß in einer Mitgliederversammlung der SPD. in Altona ein Anschlag und Zusammengehen mit der Kommunistischen Partei beantragt sei. In dieser Behauptung ist kein Wort wahr. Abg. Schubert stütze sich auf einen Bericht eines in die Versammlung entlassenen Spießels, der offenbar seiner Aufgabe nicht gewachsen gewesen ist und in dem Bericht hinein gebracht hat, was keine Auftraggeber gerne hören.

Einzigster Punkt der Tagesordnung ist die erste Lesung des Entwurfs eines neuen Selbstverwaltungsgesetzes für die Hauptstadt Berlin.

Innenminister Dr. Baentig:

Die Regierungsvorlage ist der erste wichtige Anlaß für mich, vor dem Landtag zu treten. Ich kann nicht die Vaterhaft für diesen Entwurf übernehmen, aber ich erkläre, daß ich ihm ein guter Befürworter sein will. Der Entwurf enthält, auch wenn das behauptet worden ist, nichts von Präsektur oder von Diktatur. Präsektur ist unmittelbar Verwaltung durch den Staat und Übernahme der Verantwortung auf den Staat. Soll verhindert werden, daß eine Störung der Verwaltung eintritt und daß der Staat eingreife muß, so muß Vorbeuge getroffen werden.

Die Diktatur ist niemandem verantwortlich. Auch davon ist im Entwurf nicht die Rede.

Die Verantwortlichkeit ist letzten Endes von der Stadtverwaltung als dem Stadtparlament zu tragen.

Wenn unterscheidet sich der Entwurf von der deutschnationalen Vorlage, der in der Zentralverwaltung keine Selbstverwaltung kennt.

Zu der Frage, warum überhaupt eine solche Reform, halte ich nicht für notwendig, im einzelnen auf die Anlässe einzugehen, daß die breite Öffentlichkeit sich mit den Berliner Verhältnissen so eingehend beschäftigt. Nicht man aus der Summe der Einzelfälle das Fazit, so ergibt sich für den objektiven Beobachter, auch wenn man den einzelnen Fall auf Unzulänglichkeit oder Unzuverlässigkeit einzelner Personen zurückführt, daß im ganzen gesehen doch das System, die Organisation, die Schuld dafür trägt, wenn solche Fälle in solcher Zahl sich ereignen konnten. Als man 1920 Groß-Berlin schuf, war man sich über die Konsequenzen nicht klar. Man hat 8 Großstädte, 86 Landgemeinden und Gutsbezirke zu einer Einheitsgemeinde gemacht, nur Folgerungen hinsichtlich der Bezirkseinteilung gezogen und dabei die Verfassung der Stadt unverändert gelassen.

Bemerkenswert erscheint, daß das offizielle Berlin die vorgeschlagene Reform ablehnt.

Es ist nichts Ungewöhnliches, daß auch ein Patient einen seiner Gesundheit zuträglichen operativen Eingriff ablehnt. Aber es ist erstaunlich, wenn man bei der Besprechung der Reform von jenem Organ, um dessen Reform es sich handelt, die Antwort bekommt, daß alles in schönster Ordnung sei.

Die Staatsregierung will aus dem, was sich in Berlin ereignete, Konsequenzen allgemeiner Art gegen die Selbstverwaltung an sich oder gegen die Berliner Selbstverwaltung nicht ziehen. Daß aber die städtischen Organe von Berlin eine Reform ablehnen, halte ich für sehr bedauerlich. Daß die Berliner Stadtverordnetenversammlung den Entwurf einstimmig ablehnt, ist kein Beweis gegen die Zweckmäßigkeit der vorgeschlagenen Reform. Diese muß daher leider ohne Zustimmung oder Mitwirkung der Berliner in Angriff genommen werden.

Einzelheiten werden im Ausschuss hinreichend erörtert werden. Die erste Frage von grundsätzlicher Bedeutung ist die der engeren örtlichen Gemeinschaft in einer Großstadt von extremem Ausmaß. Die verschiedenen Formen der dezentralisierten Verwaltung haben in den letzten Jahren den Landtag oft genug beschäftigt. Alles was nach den Erfahrungen gegen eine Zentralisierung und für Dezentralisierung spricht, verwaltungstechnische Vereinfachung, stärkere ehrenamtliche Betätigung der Bürger, gilt für Berlin im verstärkten Maße.

Deshalb hält auch der neue Entwurf die Bezirkseinteilung aufrecht.

In dem Bestreben, den Bezirken möglichst starken Anteil an der exekutiven Einzelverwaltung zu geben und sie möglichst selbstständig zu stellen, unterscheidet sich der Entwurf nicht wesentlich von dem Vortrag der Deutschnationalen. Schwierig wird die Frage, wie weit die Selbstständigkeit der Bezirke gehen kann. An der Einheitsgemeinde will der Entwurf nichts ändern. Ein Gemeindeverband konnte niemals das Ziel erreichen, daß die kommunale Vereinigung durch die Möglichkeit gleichmäßiger Versorgung und gleichmäßiger steuerlicher Belastung bringe. Wie die Zuständigkeiten zwischen Zentrale und Bezirken zu regeln sind, ist nicht Aufgabe des Gesetzgebers. Das muß der Verwaltungskunst der Stadt überlassen bleiben.

Grundsätzlich möchte ich feststellen, daß nur zentral verwaltet werden soll, was einheitlich verwaltet werden muß.

Was die Bezirke zur Eigenverwaltung bekommen, haben sie grundsätzlich als Selbstverwaltungsangelegenheiten leichtnerartiger Art zu bearbeiten. Der Entwurf will keinen Anknüpfungspunkt in der Art, daß über jede Maßnahme des Bezirks die Zentrale als zweite Instanz entscheidet. Eine Sicherheit der Einheitsgemeinde der Verwaltung in der ganzen Stadt bedingt aber, daß gewisse Aufgaben, auch wenn es sich um die Exekutive handelt, nach einheitlichen Grundsätzen verwaltet werden. Die Bestimmung solcher Richtlinien soll Sache der Zentrale bleiben.

Die zweite grundsätzliche Frage ist die der Verantwortung. Diese will der Entwurf feststellen, aber nicht nur, wenn gegenüber die Verantwortung zu tragen ist, sondern auch für

zu tragen hat. Wer Verantwortung trägt, muß auch dementsprechende Befugnisse bekommen.

Die Tendenz des Entwurfs, die verantwortliche Entscheidung von größeren Gremien auf kleinere und von kleineren Gremien auf einzelne Personen zu übertragen, widerspricht nicht dem demokratischen Prinzip. Es handelt sich dabei um eine Führerauslese, ohne die die Demokratie nicht das ist, was sie sein soll und sein will.

Unter diesem Gesichtspunkt soll zunächst die Organisation der Zentralverwaltung geändert werden.

Trotz der vorerwähnten Verminderung der Zahl ist die Stadtverordnetenversammlung immer noch ein sehr großes Gremium. Sie ist deshalb wenig geeignet, infolge beunruhigender, löchlicher Arbeit störender Einflüsse von außen und durch den Nachteil der Öffentlichkeit der Sitzung, Verwaltungsarbeit zu leisten.

Deshalb wollen wir die Berliner Verfassung der Provinzialverfassung angleichen.

Wir wollen ein periodisch tagendes Organ, den Stadtgemeindeausschuss, schaffen, der von der Stadtverordnetenversammlung nach dem Verhältniswahlrecht in Stärke von 34 Mitgliedern gewählt wird, und der die Detailarbeit der Stadtverordnetenversammlung abnimmt. Auch das widerspricht nicht der Demokratie, denn dieser Ausschuss ist ein Spiegelbild der politisch zusammengesetzten Stadtverordnetenversammlung. Er wird sich den Verwaltungsarbeiten vermöge seiner Struktur und infolge der Öffentlichkeit seiner Sitzungen in ganz anderer Weise widmen können, als es der Stadtverordnetenversammlung möglich wäre.

Das heutige Zweikammersystem in Berlin halte ich für dem demokratischen Prinzip nicht verträglich. Zur Bildung des Gemeindevollens sollte der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung genügen.

Eine vollständige Verantwortung des Magistrats wäre nur denkbar, wenn die ehrenamtlich gewählten Mitglieder nicht nach der Stärke der Parteien gewählt und nicht parteipolitisch aus engsten mit den Fraktionen verbunden sind. Solange das der Fall ist, muß das Verantwortungsbewußtsein der Stadtverordnetenversammlung geschwächt sein, da diese damit rechnet, daß bedeutende Beschlüsse die Zustimmung des Magistrats nicht erhalten. Das andere Bedenken liegt darin, daß der Gemeindevorstand als exekutives Verwaltungsorgan eine kollektive Struktur besitzt. Deshalb erscheint uns eine solche Verwaltungsreform für Berlin von größter Bedeutung. Es gibt in Preußen seit über 70 Jahren eine städtische Verfassung, die sogenannte Bürgermeistereiverfassung, die in beiden Punkten das Gegenteil der Magistratsverfassung ist, und die im Rheinland und Westfalen zu Hause ist. Sie verdient in allem den Vorzug vor der Magistratsverfassung.

Ein in Vorbereitung befindliches allgemeines Selbstverwaltungsgesetz wird die obligatorische Einführung der Bürgermeistereiverfassung vorschlagen.

Die belagerten Ereignisse des letzten Jahres beweisen, daß es in Berlin an einer einheitlichen Leitung gebricht hat. Aber die Hauptlast trägt das ganze System. Die leitende Persönlichkeit muß mit solchen Befugnissen ausgestattet sein, daß sie die ihr aufzubühende Verantwortung auch tragen kann.

Deshalb ist es notwendig, für Berlin die Magistratsverfassung zu beseitigen.

Der Oberbürgermeister soll der Gemeindevorstand und Dienstvorsitzender aller städtischen Beamten werden. Die ihm beigegebenen Stadträte sollen nicht seine Kollegen, sondern seine Beauftragten sein. Diese Forderung der Struktur beeinträchtigt nicht die Stellung der Stadträte. Für sie ist der Fortschritt der kollektiven Beschlussfassung ein Vorteil. Unbedeutende Stadträte soll es in Zukunft nicht geben. Die Anforderungen eines Berliner Verwaltungszweiges sind so groß, als daß sie im Nebenamt übernommen werden könnten. Einen Ausgleich dafür soll die ehrenamtliche Arbeit im Stadtgemeindeausschuss und verteilte Arbeit und verstärkte Mitarbeit an der Bezirksverwaltung bringen. Dem neuen Oberbürgermeister soll die Verantwortung erleichtert werden dadurch, daß er den Vorsitz in der Stadtverordnetenversammlung und im Stadtgemeindeausschuss führt.

Vieler Punkt, in dem leider der Gegenentwurf meiner eigenen Berliner Parteifreunde sich von dem Entwurf der Staatsregierung unterscheidet, wird mit Recht als Kernstück der ganzen Bürgermeistereiverfassung bezeichnet. Wenn man glaubt, dem Magistrat die Stellung einer zweiten Kammer einräumen zu müssen, weil er die Verwaltung leitet und die Stadtverordnetenbeschlüsse auszuführen hat, so kann man umgekehrt dem Oberbürgermeister die Leitung der Verwaltung und die Durchführung der Stadtverordnetenbeschlüsse übertragen, weil er der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung und in dieser Eigenschaft Mitglied der Vertretungskörperschaft ist. Für die praktische Verwaltung ist es von großem Wert und bezeichnend für eine Vertrauensstellung, wenn der leitende Beamte der Stadt den Stadtverordneten nicht auf der Regierungstrasse gegenübersteht, sondern in ihrer Mitte den Präsidentenstuhl innehat.

Für die Bezirksverfassung soll das sogenannte süddeutsche Stadtratsystem gelten, das seinen Unterschied zwischen Vertretungs- und Verwaltungsorgan kennt. Der Bezirksrat soll sowohl beschließende wie verwaltende Funktionen haben. Er soll sich nicht mit Dingen beschäftigen, die nicht zu seiner Zuständigkeit gehören. Die exekutive Detailverwaltung soll den Bezirksbürgermeistern obliegen, denen Bezirksbeigeordnete in ähnlicher Weise beigegeben werden, wie dem Oberbürgermeister die Stadträte. Im Bezirksrat führt der Bezirksbürgermeister den Vorsitz und die Verantwortlichkeit der gesamten Verwaltung wird dadurch sichergestellt, daß die Bezirksbürgermeister den Stadtratsräten in der Zentrale gleichgestellt werden und daß der

Oberbürgermeister regelmäßige Konferenzen abzuhalten verpflichtet ist. Die Staatsaufsicht soll für Berlin keine andere sein als anderswärts. Was vorgeschlagen wird, soll in Zukunft für die Staatsaufsicht ganz allgemein gelten. Sie soll nicht im Vordergrund, sondern in Reserve stehen.

Nur mit diesem Entwurf wird es möglich sein, der Stadt Berlin zu erhalten, was sie selbst als ihr teuerstes Gut gepflegt sehen möchte: die selbstverantwortliche Selbstverwaltung.

Abg. Fehner (Soz.):

Wir glauben nicht, daß es im Augenblick zweckmäßig ist, auf Einzelheiten des Entwurfs einzugehen. In dem, was darüber gesprochen und geschrieben wurde, finden sich große Widersprüche. Die Kommunisten haben z. B. die Abschaffung der Bezirksparlamente gefordert und im Gegenzug dazu wollen die Deutschnationalen die Selbstständigkeit der einzelnen Bezirke. Aber gerade die letzteren werden einsehen müssen, daß die „Los-von-Berlin“-Bewegung ein für allemal erledigt ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir machen kein Hehl daraus, daß wir es für außerordentlich bedenklich halten, einen solchen Entwurf in schwerster Krisenzeit einzubringen.

In der Öffentlichkeit spricht man mit Recht von einer Legitimitätsfrage. Bei Annahme des Entwurfs würde der künftige Oberbürgermeister in der Handhabung der Geschäfte völlig unbehindert sein. Ich sehe darin eine starke Beeinträchtigung der Rechte der Stadtverordnetenversammlung.

Selbstverständlich kann nicht von der Regierung auf das Recht der Staatsaufsicht verzichtet werden. In dieser Hinsicht ist der alte Staat aber liberaler als derjenige gegenüber der Selbstverwaltung gemein. Das hat natürlich seine guten Gründe gehabt. Aber die öffentliche Kritik darf an dieser Frage nicht vorbeigehen.

Das Selbstverwaltungsrecht darf nicht ausgelassen, sondern es muß abgebaut werden.

Es wäre bedauerlich, wenn aus der Klarheit heraus ein Sondergesetz für Berlin herabgeholt werden sollte. Daß es in der Stadtverwaltung und in der Stadtverordnetenversammlung zu unheilbaren Vorurteilen gekommen ist, muß zugegeben werden. Aber es soll auch andere Parlamente geben, bis hinaus zum Reichsparlament, wo auch nicht immer alles in Ordnung ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Mit der Einheitsgemeinde Groß-Berlin hat man in verwaltungstechnischer Beziehung in den zurückliegenden Jahren gute Erfahrungen gemacht. Hieran knüpft der Entwurf der Berliner Organisation der Sozialdemokratischen Partei an, der den schwierigsten Problemen durch die Schaffung eines Einkammersystems beikommen will.

In diesem Zusammenhang werden wir wiederum die Frage auf, ob es nicht zweckmäßig ist, mit der Reform der Berliner Selbstverwaltung zu warten, bis das allgemeine Selbstverwaltungsgesetz für Preußen kommt. Uns scheint jedenfalls die Hebung dieser Frage außerordentlich wichtig.

Trotz unserer großen Bedenken ist die sozialdemokratische Fraktion erkrankt, an der Beratung des Entwurfs im Ausschuss tatkräftig mitzuarbeiten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Steinhoff (Dnt.) betont, daß die Beratung des Entwurfs Gelegenheit gibt, das Anliegen der Hauptstadt wieder herzustellen. Die Selbstverwaltung beruhe auf Dezentralisation. Im Bürgermeistereisystem verberge sich die Präsektur. Seine Fraktion fordere Selbstverwaltung durch Dezentralisation und Schaffung lebensfähiger Bezirke. Den Entwurf lehnte sie ab.

Abg. Schwenk (Komm.) lehnt die Vorlage ebenfalls ab. Abg. Hallensleben (D. Sp.) beweist, daß der vorliegende Entwurf als ein Notgesetz anzuken werden kann, das Berlin reformiert. Einzelheiten könnten erst beraten werden, wenn der Magistrat gutachtlich geäußert sei.

Abg. Greiner (Dem.) erklärt, daß man Berlin nicht unter ein Ausnahmegesetz stellen, sondern erst das allgemeine Gesetz für ganz Preußen abwarten soll.

Abg. Meiß (Sp.) lehnt gleichfalls die Erhebung der Magistratsverfassung durch die Bürgermeistereiverfassung für Berlin ab.

Die Vorlage wird schließlich dem Gemeindeausschuss überwiesen. Angenommen wird ein Antrag der Deutschen Volkspartei, zuvor noch ein Gutachten des Berliner Magistrats einzuholen.

Nächste Sitzung Dienstag, 12. Okt. Tagesordnung: Diätenfürsorgeantrag, keine Vorlagen, Abstimmungen über die in der großen politischen Debatte gestellten Anträge.

Auswärtiger Ausschuss.

Aussprache — aber keine Beschlüsse.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages, der am Montagmittag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Fried (Radik.) zusammengetreten war, berichtete Außenminister Curtius ausführlich über die Genfer Verhandlungen. Hieran schloß sich eine längere Aussprache, an der sich die Vertreter aller Parteien beteiligten. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Am Mittwoch, dem 29. Oktober, wird sich der Auswärtige Ausschuss mit den Anträgen über die Schulpflicht und Revisionsmöglichkeiten des Young-Planes befassen.

Verantwortlich für Politik: Sieber Schiff; Wirtschaft: G. Mangelheller; Gemeindefortschritt: Dr. Ehlhorn; Familien: Dr. John Schilowitsch; Polizei: und Sonstiges: Frau Kartheiser; Anzeigen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin, Prud. Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 1. Stern 2 Beilagen.

WERTHEIM

Fische, Obst und Gemüse werden nicht zugewandt

Frisc. Fleisch	Obst u. Gemüse	Käse u. Fett
Gehacktes Pfund 0.80	Kochbirnen große, Pfund 0.22	Camembert vollf. Schacht. 4 Portionen 0.70
Suppenfleisch . . . Pfund 0.88	Eß- u. Kochäpfel 3.21 0.22	Harzerkäse u. Spitzkäse 0.52
Kalbshamm u. Brust 0.92	Amerik. Apfel Pfd. 9.48 0.38	Tilsiter vollfett, Pfd. von an 0.82
Schweinerücken u. Blatt Pfd. 0.94	Zitronen Dutzend 0.30	Edamer vollfett, Pfd. v. an 0.84
Schweinekotelett Pfd. 1.08	Bananen Pfund 0.38	Dän. Schweizer 2. fast Pfund 0.84
Lieser 0.80 Gulasch 1.00	u. Wirsing- Kohl, Pfund 0.03	Münster Art vollfett, Pfd. 0.98
Käse mild gesalzen, Pfund 1.00	Möhren gewaschen, Pfd. 0.04	Margarine Pfund 0.48 0.58
Hammel-Vorderfleisch 1.06	Zwiebeln Pfund 0.04	Molkereibutter Pfund 1.36
Leber gefroren . . . Pfund 1.20	Märk. Rübchen 3 Pfd. 0.25	Tafelbutter Pfund 1.46 1.60

Jeden Dienstag billige Lebensmittel

Fische	Wurstwaren
Dorsch Pfund von an 0.14	Dampf- u. Rotwurst 0.98
Grüne Heringe 3 Pfd. 0.48	Schinkenpolnische 1.18
Bratschollen . . . 3 Pfd. 0.58	Landleberwurst Pfund 1.20
Lebend. Karpfen Pfd. v. an 0.95	Mettwurst (Braunschweig. Art) . . . Pfund 1.20
Fettbücklinge Pfd. v. an 0.42	Filetwurst Pfund 1.50
Lachs in Stücken Pfund von an 1.25	Schinkenspeck 1 Pfd.-St. Pfund 1.70
Aale Bund v. an 0.25 Pfd. v. an 2.20	Kaffee frisch gebr. Pfund von an 1.90

Suppenhühner Pfund von an 88 Pt.
Enten
Gänse Odebruch.
Puten ungarische
Poulets ungar.
Pfund von an 98 Pt.
Kakao Pfund 58 Pt.

Hinter den Mauern der Polizeikasernen

Ohne Licht, Luft und Sonne. — Der Kalk fällt von der Decke.

In weiten Kreisen der Bevölkerung ist die Ansicht verbreitet, daß der Polizeibeamte ein beneidenswertes Dasein führe. Er spaziert auf der Straße herum, er bekommt sein gutes Essen, er hat seine Wohnung, er wird vom Staat verhütet! Ist es nicht so? Nein, es ist nicht so. Der Schubbeamte hat in außerordentlich starker Weise unter der Finanznot des Staates zu leiden. Und es kann ganz klar ausgesprochen werden, daß die Republik ihm manches schuldig geblieben ist. Man muß in Zukunft mehr tun. Der Beamte, der in politisch unruhigen Zeiten aufs stärkste beansprucht wird, der sehr häufig um seinen freien Tag kommt und 48 Stunden hintereinander Dienst tun muß, hat Anspruch darauf, daß seine Wünsche nicht nur gehört, sondern bis zu einem gewissen Grade auch erfüllt werden.



In drangvoll fürchterlicher Enge

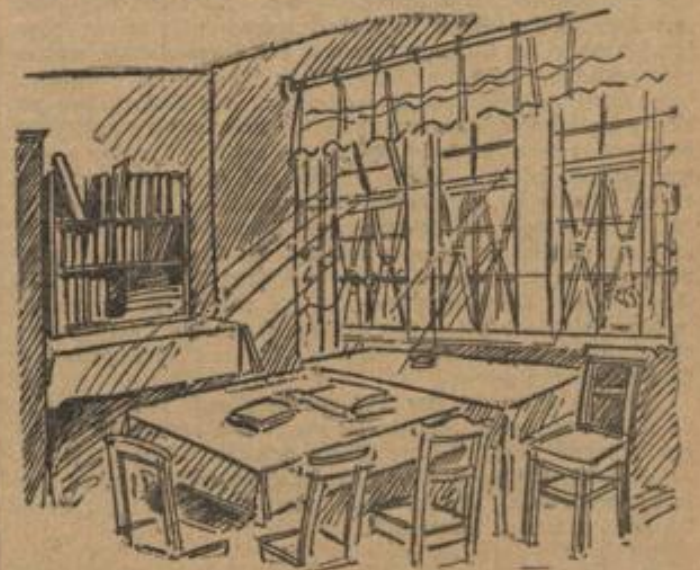
Nicht, Berliner Polizeibeamte haben aber diese modernen Räume bis heute auch nur in der Ausstellung gesehen. Der Staat hat keine Mittel, sie ihnen zu schaffen. Aber in den überfüllten Buden, in denen der Berliner Bereitschaftsbeamte heute haust, findet er nicht die nach dem Dienst so notwendige Entspannung.

Betrachten wir einmal die Unterkunftsräume der Polizeigruppe Mitte, Inspektion Prenzlauer Berg. Hier, in dieser ehemaligen Franzer-Kaserne, liegen auf jedem Zimmer durchschnittlich sechs bis acht Beamte. Aber wie sieht doch ein Zimmer aus? Man hat den Raum in sechs bis acht von Schränken umstellte Kojen aufgestellt, so daß in der Mitte nur ein schmaler Gang freibleibt. Und eine solche Kojen, gerade so groß, daß Bett und Stuhl darin Platz haben —; das ist der Raum, wohin der Beamte sich zurückziehen kann, wenn er das süßen will, was man so Privatleben nennt. Das ist der Raum, in dem er seinen Besuch empfängt, das ist der Raum, den er aufsucht, wenn er Ruhe haben will, eine Ruhe, die ständig gestört wird durch die zum Dienst gehenden oder vom Dienst kommenden Kameraden. Mit wieviel Sorgfalt haben die Beamten diese Kojen ausgeschmückt, um ihnen einen behaglichen Aufenthalt zu geben! Tapeten an den Wänden und an der Rückseite der Schränke. Bilder. Bunte Kartunportieren vor den Eingängen. Aber schon dieses bühnenartige Behaglichkeit, das sich die Beamten geschaffen, haben sie aus eigener Tasche bezahlt. Vor dem Fenster ein Tisch. Und an diesem Tisch wird das Koppelzeug gepuht. Hier sitzt ein Beamter und näht, dort liest einer Zeitung, ein dritter schreibt eine Karte, ein vierter macht sich zum Dienst fertig. Es ist einfach unmöglich, daß die acht Insassen des Zimmers zusammen an diesem Tische Platz nehmen können, ohne sich gegenseitig zu belästigen. Einer öffnet sein Spind und zeigt hinein. Es ist ein altes Kommissärkränchen, das zum Plätzen mit Kleidungsstücken angefüllt ist. „Wo sollen wir unser Zivilzeug lassen? Die Schränke sind viel zu klein. Größere aber bekommen wir nicht; wir wüßten auch nicht, wohin wir sie stellen sollten.“ Ein anderer Beamter zeigt unter die Betten. Dort liegen Kartons und Koffer. Die Mäntel hängen außen an den Schränken. Fahrräder stehen

umher. „Und dann sehen Sie sich mal die Beleuchtung an.“ Ja, es ist wirklich übel. In der Mitte des Zimmers hängt eine fünfundsingzigkerzige Birne und über dem am Fenster stehenden Tisch befindet sich ebenfalls eine nur schwachkerzige Lampe. Unmöglich, bei diesem Licht zu schreiben oder zu lesen.

Alle anderen Zimmer bieten dasselbe Bild. In einem Raum steht das Bett eines Beamten dicht neben dem Dien.

„Ja, diese alten Ofen. Die fressen eine Menge Feuerung und wärmen doch nur die engste Umgebung. Bis ans Fenster oder an die Tür dringt die Wärme gar nicht.“ Einer hockt in einer dieser verdunkelten Kojen, auf dem Stuhl liegen Wörterbücher, auf den Knien das Schreibheft. Und während die anderen Kameraden im Zimmer schwachen, sich zum Dienst fertigmachen, büffelt dieser Unglückliche Notabeln. Ohne Zweifel wird der Drang zum Lernen, zur Fortbildung in vielen Beamten durch diese Wohn-



Wenig Luft, aber etwas Sonne

verhältnisse erfüllt. Die Wohnräume in der Inspektion Prenzlauer Berg? Es sind zu ebener Erde liegende, unfreundliche Kammerräume. Alle zu klein. Von der Straße aus kann man hereinblicken. Hat der Beamte gegessen, nimmt er sein Brot, taucht es in eine Schüssel heißen Wassers und wäscht es an einem verdreckten Handtuch ab. Es wäre wohl lieber nicht mit großen Unkosten verknüpft, wenn das „Schanzzeug“ nach Gebrauch durch die in der Kantine beschäftigten Frauen einer gründlichen Reinigung unterzogen würde.

Ein freundlicheres Bild.

Kommt man von hier aus in die gegenüberliegenden Unterkunftsräume der Inspektion Linden (Unterkunft Minister-Ordnungsbeamte), fällt einem sofort ein großer Gegensatz auf. Hier hat man in den Zimmern eine andere Raumeinteilung getroffen als in der Inspektion Prenzlauer Berg. Man hat, um die Beamten mehr zum Gemeinschaftsleben zu erziehen, aus einem Zimmer zwei gemacht, einen Aufenthalts- und einen Schlafraum. Die Betten stehen dicht

Opfer des Raummangels

Was macht der Bereitschaftsbeamte, wenn er nicht gerade Dienst hat? Wie sieht seine Unterkunft aus? Auf der Polizeiausstellung bekamen wir neuerrichtete Polizeibauten, Wohnungs- und Siedlungsbauten für verheiratete Beamte zu sehen. Wir sahen musterhaft eingerichtete Tages-, Aufenthalts- und Schlafräume. Es war für Wohnungsuchende ein widerwärtiger An-



Das Bett am eisernen Ofen

Walter A. Persich
21) **Vielleicht morgen...**

Unberecht. Nachdruck verboten. Gustav Kiepenhauer Verlag K.-G., Berlin-Charlottenburg.

Annie hegte erschreckt und nervös durch die Straßen. Ueber Berlin hing eines jener späten Gewitter, und kaum hatte sie das Haus erreicht, als der Regen sich in Wolkenbrüchen entlud. Das Licht der Blitze und der Lärm des Donners lähmte Annie vollends. Noch wich die Dampfschicht des Tages nicht aus der Wohnung. Fenster durfte man nicht öffnen. Der Junge weinte vor sich hin, aber vielleicht fürchtete er sich nur. Seine kleinen Häusle gingen unruhig auf und ab, als suchten sie nach Schmerzen.

Schließlich nahm Annie ihn auf den Schoß, jezt vermochte sie nicht, in der Küche Ordnung zu schaffen. Das Kind wimmerte wie ein Tier, die Augen redeten hilflos zu ihr hinauf und immer noch formte sein Mund Silben, die weh taten.

Berla kam nach dem Wetter, gegen acht Uhr, angeheitert heim. Donnerwetter, der lange Kleitwurm, ja, der Kerl, in dessen Maul der Rand eines ganzen Halbliterglases Platz fand — ein vielbewundertes Kunststück — der und noch zwei hatten ihn zum Verlaufen ihres letzten Streikgeldes eingeladen. Und dann mußte man das Gewitter abwarten. Ein hübsches Stück Geld war Kleitwurm losgeworden. Er rebete viel heut abend, es mußte wohl allerlei zu trinken gegeben haben, und so viel Lustiges war passiert. Schließlich mußte Annie seine Rede eindämmen. „Bert“, sagte sie, sehr leise, und eben darum wurde er sofort still. „Bert, sieh den Jungen an!“

Berla legte die triefende Jacke und die Mütze ab und beugte sich über das Kind. Seine Hand zuckte vor der heißen Stirn Ferdinands zurück, er schüttelte den Kopf und blieb mit hängenden Armen stehen, wo er war.

Sie saßen eng beisammen, niemand dachte ans Essen.

Berla hatte die Hand des Jungen genommen und strich mit vorsichtigen Fingern über die dünne Haut. Das Baby schloß endlich die Augen und schliefl mit heftigen Atemzügen. Trogdem wagte Annie nicht, es in den Wagen zu legen, aus Furcht, schon durch die vorsichtigste Bewegung den Schlaf zu stören. Sprechen mochten sie nicht. Der Vater mußte an die Worte Frau Gubimanns denken: zehn Monate und drei Tage — nein, soweit war es ja immer noch nicht! Noch hatte man Zeit und — Hoffnung. Dies war vielleicht die Krise, die, weil sie aber eintrat, schneller überstanden sein würde. Darum mußte er auch jezt Annie noch nichts davon erzählen. Der Junge muß gesund werden, grübelte er, ich weiß nicht, ob es nicht, aber ich will endlich Annie gegenüber, die mir immer gehalten hat, ein anständiger Mensch sein. Auch heute, wo sie hier mit dem kranken Balg sitzt und auf mich wartet, hat sie über mein spätes Kommen kein Wort verloren. Selbst der Hüfte zitterte ja vor seiner Alten, aber er läuft trotzdem wie ein Loch!

Es begann, in der Küche kalt zu werden. Schwerer, runder Regen prasselte mit harten Fingern gegen das Fenster, im Hof sing sich Wind, jauchte irr an den Hauswänden herunter, und sezte sich im leeren Herd heulend fest. Dann wieder lachten Leute irgendwo hinter dünnen Wänden, schlugen hallend Haustüren zu, drehten sich mit dumpfem Geräusch Schlüssel. Ein Rötter heulte, hungrig oder liebeskrank. Annie fuhr zusammen — wenn Hunde heulen, jahren sie nach Toten, sagt der Volksmund. Sie prekte, selbst fiebernd, den Körper in ihrem Schoß noch fester, als könne ihr warmer, lebendiger Leib alles von ihm abwenden, ihm noch einmal alle Lebensäfte geben.

Der Junge war vierzehn Tage vor der Zeit gekommen — etwas hatte er also weniger als andere Kinder.

Und wenn ihm dieses Etwas fürs ganze Leben fehlte? Wenn ihm dadurch ein Teil Kraft und Mark vorenthalten geblieben war? Dann mußte er immer krank sein, vielleicht ein langes und schweres Leben, zwanzig, dreißig verkrüppelte Jahre, vielleicht nur noch Tage oder Wochen, und dann würde es aus sein. Diese klaren, klugen Augen sollten vielleicht nie mehr zu ihr aufblicken! Aber was das nicht besser als ein Leben, erfüllt von unüberwindlichen Krankheiten? Solange sie war, mochte es gehen, sie konnte sich mit ihrem Herzen und mit der Kraft ihrer Arme schüßend vor seinen Körper stellen — aber später einmal, wenn auch sie nicht mehr wäre. Alles Dasein um sie her erzählte, daß Mattheit

und Kraftlosigkeit zum Untergang, zum Bettel und zur Abhängigkeit vom Mitleid anderer verurteilt waren. Krüppel und Dumme finden in der Welt nur Hohn und Prügel. Das durfte nicht Ferdinands Schicksal werden — aber noch weniger würde sie es ertragen können, wenn ihr das Kind jezt genommen würde. Dann wäre es aus, das mußte sie bestimmen. Und dem Mann würde sie noch überflüssiger erscheinen als zu der Zeit ihrer Krankheit — ihre Tage hätten keinen Sinn mehr, ihr Tun kein Ziel und keine Freude.

Wenn Annie Berla mit den Möglichkeiten ihres eigenen Lebens je das Wort Liebe begriff, dann geschah es um ihres Kindes willen — der Liebe zum Manne war sie so wenig fähig, wie Tausende ihrer Art, die bereit sind, sich zu opfern um des Opfers willen, die für einen Mann hungern und betteln, stehen und sorgen können und doch nicht wissen: ist es aus Liebe?

Es mochte zwei Uhr geworden sein, schlafend sah Annie auf dem Stuhl — sie schlief weiter, als Bert sie auf das Bett legte und das Kind, das sich nicht rührte, warm im Wagen verpackte. Er troch endlich selbst übermüdet unter die Decke.

Annie erwachte im ersten Schimmer des Tages, dessen Licht sich leise hinter den angeknüpften Vorhängen verriet, sie mußte eine Weile mit suchenden Pupillen gegen die Decke starren, ebe sie sich ihres Atems bewußt ward — dann sprang sie schnell mit bloßen Füßen zum Wagen hinüber und fand das Kind wimmernd, tränenüberströmt, in Abständen von Minuten grünliche Galle erbrechend. Es sah furchtbar aus, die Frau schrie, kopflos geworden, und wußte nichts zu tun, als den kleinen Kopf des Jungen in ihre Hand zu stützen. Sie schrie, als fühle sie wieder jene Schmerzen, die sie ein- oder zweimal im Krankenhaus zwingen, anhaltende wehe Laute auszustößen. Jezt wurde Berla wach, verschlafen wollte er fragen: „Aber Annie, es ist doch nicht...“

Mitten im Satz kam er zur Besinnung, erhob sich und blickte nicht weniger ratlos auf das Baby, dessen Körper sich in Stößen wand, es hob und senkte die Arme. Im Dämmerlicht des Zimmers schienen sich kleine Totenarme so zu bewegen, hilflos. Ein irrsinniges, grauenhaftes und un-menschliches Spiel wurde mit dem hilflosen Geschöpf getrieben. „Soll ich zum Arzt...“

Die Mutter verstand langsam und nicht unter heftigen Weinen: „Ja, ja doch, so lauf...“ (Fortsetzung folgt.)

nebeneinander, die Schränke sind zusammengedrückt worden, und man hat auf diese Weise günstigere Wohnverhältnisse erzielt, obgleich auch hier die Stuben im Durchschnitt mit sechs bis sieben Beamten besetzt sind. Die Zimmer machen einen freundlichen, sauberen Eindruck. Blumen vor den Fenstern. In den meisten Zimmern heller Dekorationsmaler. Aber auch hier die Klage über die fehlende Kochgelegenheit, auch hier der Wunsch nach besserer Heizung und Warmwasser. Die Wohnfahrts- und Küchenräume sind groß und hell. Was bekommt nun der Polizeibeamte für die eine Mark und zwanzig Pfennige, die man ihm für die Verpflegung in Abzug bringt? Er bekommt täglich zwei Schrippen und vierhundert Gramm Brot, er bekommt sein Mittagessen und wöchentlich ein Viertel Pfund Kaffee, ein halbes Pfund Butter und ein halbes Pfund Wurst. Das Mittagessen in der Inspektion Linden ist gut und reichlich. Der Speisepfeil wird von einer Kommission zusammengestellt, die sich stets nach den Wünschen der Beamten richtet.

Das schlechteste Quartier.

Den unangenehmsten Anblick bei unserer Wanderung aber bot zweifellos die Kaserne in der Wrangelstraße, wo die Inspektionen Friedrichshain und Lichtenberg liegen. Hat man die ausgetretenen und gefährlich glatten Steinstufen glücklich erklimmt, steht man im Innern des Gebäudes, fühlt man sich in ein abbruchreifes Gefängnis versetzt. Das ist keine Übertreibung. In diesen Gängen muß nachts der Geist des Gefangenen von der Insel D'Y umhergespennt werden. Müßige Luft. Lange, düstere Korridore. Risse in den Wänden. Überall Fleckstellen von Gips und Kalk. Erschreckend das Aussehen der Zimmer. Veräulerte Wände und Decken, schlechte Belüftung. Und überall Wanzen. Scharen von Wanzen. Genau wie in der Franziskastraße bei der Inspektion Prenzlauer Berg. Die Wanzen sitzen überall fest, man bekommt sie nicht raus. Wirft man die Tür zu, fällt in den Zimmern der Wärter von der Decke für kurze Zeit wunden Lären und Fenster repariert. Es war eine Pflasterarbeit. Die Löcher, die durch das Herausreißen der verfaulten Fensterrahmen entstanden, wurden nicht wieder zugemauert, die neuen Leisten, die man in den Lären einsetzte, wurden nicht gestrichen. In diesen Räumen kann sich niemand wohlfühlen. Jeder Bereitschaft steht als Wassergelegenheit eine Wasserleitung zur Verfügung. Friert sie im Winter ein — runter auf den Hof! Will ein Beamter nachts austreten und ist das auf dem Korridor befindliche Kabinett besetzt — runter auf den Hof, in die Latrine, durch die der Wind pfeift. Finsterner Koffeinbetrieb. Mitten auf dem Hof liegen Berge von schönen, neuen Mauersteinen. Will man noch eine Latrine bauen oder vielleicht ein Einfamilienhäuschen? Nein, man baut einen Schießstand für Kleinkaliberwaffen. Wollt ihr hören, was die Beamten sagen? „Ja, wir wollen nachher alle in den Schießstand gehen und auf den Buben die Schießübungen veranstalten.“ Das sagen die Beamten. Und es ist ihnen verdammt nicht ums Baden zu tun.

Mühsam öffnet sich eine Tür und man prallt erstaunt zurück. Es ist eins der beiden Zimmer, die vor kurzem „probeweise“ renoviert wurden. Schränke und Wände gestrichen. Alle Tische neu aufgearbeitet. Erträglich. Vom Kostenpunkt dieser Renovierung wird es abhängen, ob auch die anderen Zimmer in absehbarer Zeit mohnlich gestaltet werden können.

Wir haben nur einige Untertünfte gesehen. Wir haben die beste und die schlechteste gesehen. Und es ist durchaus bewundernswert, daß der Polizeibeamte trotz all dieser durch die Finanznot bedingten Mißstände, trotz all seiner Sorgen in vorbildlicher Weise seine Pflicht tut. Das muß anerkannt werden. Es muß anerkannt werden, indem man den Wünschen der Beamenschaft Rechnung trägt. Es lassen sich gerade in der Frage der Untertünfte Räume mit einfachen Mitteln Erfolge erzielen, die die Lebensverhältnisse der Beamten ein wenig angenehmer gestalten können.

Opfer des weißen Giftes.

Irrungen und Wirrungen eines Anwalts.

Das Schöffengericht in Charlottenburg sprach den früheren Berliner Anwalt Dr. Theodor Ahrens auf Grund des § 51 StGB. (Anzurechnungsfähigkeit) von der Anklage des Betruges frei. Seine Mitangeklagten Frau L. und der Kaufmann G. wurden gleichfalls freigesprochen.

Der Fall des freigesprochenen Anwalts, der, jetzt geheilt und wieder vollkommen normal, zur Zeit ein Rechtsbüro unterhält und Syndikus zweier Unternehmen ist, ist so beachtenswert, daß wir in Ergänzung des Prozeßberichts in unserer Abendausgabe noch einmal darauf zurückkommen.

Als Referendar wurde Ahrens von einem Zahnarzt in einen Spielklub eingeführt und lernte dort Spielen und Kokain schnupfen. Nacht für Nacht ergab er sich diesen beiden Leidenschaften. Mit der Zeit erlag er der Sucht vollkommen. Er bedurfte schließlich des weißen Giftes, um überhaupt arbeiten zu können. Nur so bestand er sein Affektorenexamen. Seine Praxis als Rechtsanwalt wuchs von Jahr zu Jahr. Aber im ständigen Rausch blieb er wochenlang seinem Büro fern und vernachlässigte seine Anwaltspflichten. Beschwerde auf Beschwerde lief bei der Anwaltskammer ein. Schließlich war er gezwungen, seine Wohnung aufzugeben und zu seinen Eltern zu ziehen. Sein Vater, dem der wahre Grund des Niederganges seines Sohnes verborgen blieb, beschloß, ihn zu entmündigen. Zweimaliger Aufenthalt in Sanatorien blieb erfolglos. Ahrens verkam immer mehr. Er bewegte sich in Kreisen von Morphinkisten und Kokainisten und lehrte oft abgerissen und ausgeplündert heim. Seine letzte Zuflucht war ein Arzt, ein fast unzurechnungsfähiger Morphinkist. Wochen hindurch lebte er hier fast bewußtlos getrieben, von Halluzinationen verfolgt. In diese Zeit fällt der ihm zur Last gelegte Automobilbetrug.

Ahrens Stammlater war die Charlie-Bar. Die Mitinhaberin dieser Bar, Frau F., gleich ihm dem Kokain ergeben, hatte mit ihm gemeinsam das Autogeschäft abgeschlossen. Die 1750 M. Anzahlung für den Wagen, der 11 000 M. kostete, hatte der Automakler vorgeschossen. Als das Auto für 5000 M. weiterverkauft werden sollte, weigerte sich Ahrens, dies zu tun. Am nächsten Tage rief er den Käufer an. Der ersah aber in Begleitung des Verkäufers und der Polizei. Der Verkäufer erhielt das Auto zurück und behielt die 1750 M. Es erfolgte Ahrens' polizeiliche Vernehmung, seine Ladung zum Termin, der Gerichtsbeschlusse, ihn in der Charité auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Mit seinem letzten Honorar in Höhe von 25 000 M. hob er nach der Urteil, und nun begannen seine Irrfahrten durch die Türkei, Ungarn und Griechenland. Im Frühjahr dieses Jahres erkrankte er sich, von Venedig aus sich den Berliner Behörden zu stellen. Ahrens ist jetzt vollkommen gesund. „Er war ein Gluck“, sagte er vor Gericht, „daß ich ins Ausland gegangen bin. Hier wäre ich vor die Hunde gegangen.“ Auch der psychiatrische Sachverständige bezeichnete ihn nun als vollkommen geheilt, damals zur Zeit der Tat, sei er als Kaufschlichter unzurechnungsfähig gewesen.

Stadt Berlin schafft Arbeit.

13,55 Millionen für Straßenbauten / Lichtblick für die Ausgesteuerten.

Der Magistrat hat der Stadtoverordnetenversammlung eine Dringlichkeitsvorlage zugehen lassen, in der er um Zustimmung zu der Ausführung von Notstandsarbeiten auf dem Gebiete des Straßenbaues in Höhe von 13,55 Millionen Mark bittet.

Im Hinblick auf die außerordentlich große und immer noch steigende Arbeitslosigkeit in Berlin hält es der Magistrat für notwendig, daß auch von der Stadt geeignete Maßnahmen getroffen werden, die Arbeitslosigkeit zu lindern. Die Zahl der Arbeitslosen betrug in Berlin im Monat September 1929 rund 346 000. Besonders schwierig liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete des Straßenbaues, weil im letzten Jahre nur ein geringer Betrag für Straßennach- und -umbauten zur Verfügung gestellt werden konnte.

Die Folgen dieses Rückganges an Aufträgen haben eine katastrophale Arbeitslosigkeit für Facharbeiter im Straßenbau nach sich gezogen. Zickta 12 000 Steinleger, Kammer- und Asphaltreue haben seit November 1929 nicht einen Tag gearbeitet, sind deshalb ausgesteuert und fallen der öffentlichen Wohlfahrtspflege, d. h. also der Stadt Berlin, zur Last. Dieses Schicksal teilen noch rund 4000 andere Arbeiter, die sonst neben den Facharbeitern als Hilfsarbeiter im Straßenbau Verwendung fanden.

Die Versuche des Reiches, den Straßenbau in Gang zu bringen, versprechen für dieses Jahr kaum Erfolg. Schnelle Hilfe ist aber notwendig. Der Magistrat hat deshalb von der Tiefbaudeputation

ein Notstandsprogramm für den Straßenbau aufstellen lassen, das mit einer Summe von 13,55 Millionen Mark abschließt.

Finanzierung geht in Ordnung.

Die Finanzierung soll in folgender Weise geregelt werden: Bei einer Leistung von 350 000 Arbeitslosentagewerken beträgt der verlorene Zuschuß der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung rund 1 Million Mark. Als verstärkte Förderung werden von Reich und Staat je 2 Millionen Mark, im ganzen also 4 Millionen Mark durch Darlehen gedeckt. Dieses Darlehen ist nach den heutigen Bestimmungen mit 5 Proz. zu verzinsen und in 25 Jahren zu tilgen. 1,6 Millionen Mark sollen gedeckt werden aus Mitteln, die in gleicher Höhe im außerordentlichen Haushalt für 1930 für die Brücke im Refektorien- und Meliorationen zur Verfügung stehen, die aber für diese Zwecke nicht verausgabt werden. Der Restbetrag von 7 Millionen Mark soll durch die Verbände der Straßenbauunternehmen in der Weise beschafft werden, daß sie die Bezahlung der von ihnen geleisteten Arbeiten bis zur Höhe dieses Betrags stunden. Die Leistungen werden nach Fertigstellung der einzelnen Aufträge mit 7 Proz. pro Jahr verzinst. Die Bezahlung der gestundeten Beträge soll in gleichen vierteljährlichen Raten am 15. April 1932 beginnen, spätestens am 15. Januar 1937 beendet sein. Die Arbeiten werden zu den ortsüblichen Preisen vergeben.

Eine geheimnisvolle Bluttat.

Der Nord am Bergwerksdirektor Kramer vor Gericht.

Halberstadt, 20. Oktober.

Vor dem hiesigen Schwurgericht begann heute der große Indizienprozeß gegen den Hellschillen Otto Koch aus Hamm, der beschuldigt wird, am 19. Februar d. J. in Nachterstedt auf den Bergwerksdirektor Kramer einen Todesstoß aus dem Hinterhalt abgegeben und ihn ermordet zu haben. Wie wir feinerzeit berichtet haben, blieben die Bemühungen, den Mörder zu entdecken, lange Zeit ohne Erfolg und die Verhaftung des Angeklagten Koch konnte erst erfolgen, als seine Frau sich als Mitwisserin an diesem Verbrechen bei der Polizei meldete. Der Ermordete war eine in der Kallindustrie sehr bekannte Persönlichkeit, galt aber seinen Angestellten und Arbeitern gegenüber als ungeheuer streng.

In der heutigen Verhandlung erklärte der Angeklagte, daß er nicht schuldig sei. Er habe weder selbst geschossen, noch war er an der Tat mitbeteiligt. Ueber sein Verhältnis zur Ehegattin, die als Kron- und Hauptbelastungszeugin fungiert, befragt, erklärt der Angeklagte, er habe die Frau aus Liebe geheiratet, aber das Eheverhältnis wurde sehr bald getrübt, weil seine Frau leberlich war. Er erklärt die Enthaltungen seiner Frau als Rachestiftung einer Hysterikerin. Ueber Direktor Kramer sagt der Angeklagte aus, daß er von der ganzen Belegschaft sehr gefürchtet wurde, es gab oft im Betrieb Konflikte und allein in einem Jahr, in dem Direktor Kramer die Geschäfte führte, wurden

60 Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht

abgehalten. Unter Direktor Kramer wurden von den 2600 Mann Belegschaft 1200 entlassen. Borf.: Glauben Sie, daß Direktor Kramer diesen Abbau verschuldet hat? Angekl.: Die Belegschaft hat ihn persönlich dafür verantwortlich gemacht. Wenn Direktor Kramer auf der Grube erschien, sagten die Arbeiter: „Der Auskramer ist da.“ Borf.: Hatten Sie persönliche Differenzen mit Direktor Kramer? Angekl.: Nein. Borf.: Warum sind Sie denn entlassen worden? Angekl.: Man hat mir gesagt, wegen einer Beamtenbeleidigung. Borf.: Sie sollen Ihre Frau sehr schlecht behandelt haben. Während sie selber gut aßen, mußte die Frau hungern. Angekl.: Morgen werden Sie, Herr Vorsitzender, meine Frau sehen und sich selbst überzeugen, ob diese Frau jemals gehungert hat.

Ich hatte unter ihrer Eifersucht juchend zu leiden

und auch der Badebetriebs, den ich führte, hat darunter gelitten. Denn der Badebetriebs hat natürlich auch Damenbesuch und das war Grund genug für meine Frau, um Eifersuchtszenen zu machen. Borf.: Haben Sie Ihre Frau jemals geschlagen? Angekl.: Niemand! Ich habe ihr wohl mit Prügel gedroht, weil ich wollte, daß sie sich bessern solle, aber ich habe sie nie geschlagen. Die Verhandlung geht fort.

Stadtrat Genosse Emil Fiedler begehrt am 22. Oktober seinen 50. Geburtstag. Seit über 30 Jahre ist er Mitglied der Partei und der Gemerkschaft. Er war stets einer der eifrigsten Genossen bis auf den heutigen Tag. Vor dem Kriege gehörte er viele Jahre dem Zentralvorstand des Kreises Teilmann-Beestow an, wo er mit seinem Schwiegervater, dem Genossen Jubel, den Kreis mit bearbeitete. Wir wünschen ihm auch fernerhin Gesundheit und Erfolg in seinem Wirken und daß er seine Schlagfertigkeit als Redner und seinen Witz noch recht lange im Interesse der Partei behalten möge.

Funkwinkel.

Am Sonntag berichtete Professor Dr. Günther Dyrenfurth über die von ihm geleitete Internationale Himalayaexpedition 1930. In einer halben Stunde erfährt man eine Fülle interessanter — und nicht nur rein wissenschaftlich interessanter — Tatsachen. Trotzdem hörte man die Ausführungen mit leisem Bedauern: Wie viele Hörer mochte der leider im Anfang etwas unanschaulich wissenschaftliche Stil des Vortragenden verschont haben? — Gut zusammengestellt war wieder das Musikprogramm des Tages. In der Märchenstunde erwies sich Ufa Tegner wieder als sympathische Sprecherin.

Montag abend hörte man Rufit aus Oesterreich. Es wurde aus Wien ein Konzert des Wiener Sinfonieorchesters unter Leitung von Professor Dr. Oswald Kawasta übernommen. Es war schön, daß die Kunststunde dieses wertvolle Konzert mit einem freundschaftsgruß an das Bruderland einleitete. — Josef Songa sprach über den Dichter Anton Wildgans so klar und lobenswürdig, daß er diesem trotz seiner anerkannten Bedeutung so sympathisch unanschaulichen deutsch-österreichischen Dichter sicher neue Freunde in Norddeutschland ward. — Walter Stollings Berichte aus Ueberseeländern haben ein eigenes Gesicht. Es sind keine schön geschlossenen, räumlichen Reisejournalen, sondern lebendige, zweckbewußte Darlegungen. „Argentinien — wie wir es nicht kennen“ schilderte er diesmal. Er führte in ein Land, in dem sich der Lebenskampf für den Befehligen unter grauenhaften Formen abspielt, oft allerdings hinter der angsteinflößlichen gewaltigen Kulisse gescheiter Bürgerlichkeit. Denn der arme, der „Wann ohne Hölle“, verfaßt mit Sicherheit dem Untergang. Tes.

Tankboot explodiert.

Mehrere Personen getötet. — Eine ganze Stadt erbebt.

New York, 20. Oktober.

Am Montag flog auf dem Hudson-Fluß in der Nähe der Stadt Troy ein Tankboot, das mit Gasolin gefüllt war, in die Luft. Durch die Explosion wurden mehrere Personen getötet. Zwei in der Nachbarschaft liegende große Boote gingen Feuer. Die ganze Stadt Troy erbebt, Tausende von Fensterscheiben gingen in Trümmer.

An einem Glas Knöpfchen erstickt.

Tragischer Tod eines kleinen Mädchens.

Vor den Augen der hilflosen Mutter ist in Karlsdorf ein kleines Mädchen eines juchendsten Todes gestorben.

Am Hause Wildensteiner Straße 14 zu Karlsdorf wohnt eine Familie M., die ein siebenjähriges Töchterchen Luise hat. Gestern nun hatte die Mutter für den Vater ein frisches Herrenoberhemd herausgenommen, in dem kleine Glas Knöpfchen befestigt waren. Das Kind nahm die Knöpfchen zum Spielen und, wie Kinder ja oft tun, eines in den Mund. Plötzlich nahm die Mutter wahr, daß das Mädchen mit einem Erstickungsanfall rang. Ihre und der Nachbarn Bemühungen, der Kleinen zu helfen waren ganz erfolglos. Auch ein rasch herbeigeholter Arzt konnte den Fremdkörper nicht mehr entfernen. Unter schrecklichen Qualen verstarb die Kleine. Es zeigte sich später, daß der Glasknopf durch den Schlund bis in die Lunge hinuntergeglitten war.

Das bedauernswerte Gescheh der kleinen Luise sollte Eltern und Erzieher wieder veranlassen, sorgfältig darauf zu achten, daß die Kinder nicht alles, was ihnen in die Hände fällt, auch in den Mund nehmen. Eine Hilfe kommt in solchen Fällen fast stets zu spät.

Reichswehrgefreiter tödlich verunglückt.

Stendal, 20. Oktober.

Tödlich verunglückt ist der Gefreite Beer von der vierten Schwadron des Reiterregiments 3. Infolge eines Unwohlseins wollte er sich aus einem Fenster des dritten Stocks herausbeugen. Dabei verlor er das Gleichgewicht und stürzte auf den Hof. Während einer sofortigen Operation im Stendaler Johanniter-Krankenhaus verschied Beer an den erlittenen Verletzungen.

Bürgermeister Dr. Herzlagt gegen „Total-Anzeiger“

Am Abend vom 16. Oktober hatten wir die lägenhafte Berichterstattung des „Total-Anzeigers“ über die letzte Sitzung der Bezirksversammlung Kreuzberg gekennzeichnet. In dem Artikel wird die Behauptung aufgestellt, „das unglückselig propagierende Verhalten der SPD-Mitglieder des Bezirksamtes“ frage die Schuld daran, daß die Bezirksversammlung „unter Lärm ausgefallen“ sei. Der Artikel enthält eine derartige Entstellung des offenkundigen, allen Beteiligten bekannten Tatsachenzusammenhanges, daß vom Bürgermeister, Genossen Dr. Herz, zur Aufklärung der Öffentlichkeit gegen den verantwortlichen Redakteur des „Total-Anzeigers“ Strafantrag gestellt wird.

Wildererdrama im Rheingangebirge.

Zwei Brüder aus dem Orte Stephanshausen im Rheingangebirge wurden von dem Förster aus Johannisherg und einigen Jägern dabei überrascht, wie sie ein Reh aus der von ihnen gestellten Schlinge nehmen wollten. Auf den Anruf des Försters ergaben sich die beiden und ließen sich abführen, während die Jäger auf einem anderen Wege zur Ortschaft zurückkehrten. An einer engen Stelle des Waldwegs umkommene plötzlich einer der beiden Wilderer den Förster und versuchte, ihm ein Messer in den Rücken zu stoßen. Der Förster erschloß darauf den Wilderer in der Notwehr. Sein Bruder ließ sich willig abführen.

Donnerstag wieder Stadtoverordnetenversammlung. Die nächste Stadtoverordnetenversammlung findet am Donnerstag, dem 23. Oktober 1930, statt. Beginn der Beratungen um 16 1/2 Uhr.

Weiterausichten für Berlin: Beschleunigt möglich, zeitweise heiler, ohne wesentliche Niederschläge, etwas kühler, südwestliche Winde. — Für Deutschland: Im Süden und Südosten des Reiches noch heiter; im übrigen Deutschland wechselnd wolfiges und etwas kühleres Wetter und nur stellenweise leichte Niederschläge.

An Zucker sparen, grundverkehrt! Der Körper braucht ihn — Zucker nährt!

Lehrer Ede Gertrude, Heberabend, Heberabend mitbringen. Die Musik ist zur Zeit da. Note halten bringen am Donnerstag Setzungen mit ins Heim, Uckerstr. Straße.

Kreis Musikanten Alle Festlagerernehmer finden sich morgen, Mittwoch, um 17 Uhr, zum Ueben in der Karl-Marx-Schule ein. Alle Gruppen müssen mit dem Festlagerernehmer (Schwela) netzieren sein. Zur Plünderung der Festlagerernehmer (Schwela) netzieren sein. Zur Plünderung der Festlagerernehmer (Schwela) netzieren sein.

Gruppe Stummstille Gruppenveranstaltungen sind Dienstag und Freitag von 17 bis 19 Uhr in der Karl-Marx-Schule. — Gruppe Kette: Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48. — Gruppe Kette: Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48. — Gruppe Kette: Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48.

Gruppe Kette Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48. — Gruppe Kette: Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48. — Gruppe Kette: Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48.

Gruppe Kette Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48. — Gruppe Kette: Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48. — Gruppe Kette: Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48.

Geburtsfeste, Jubiläen usw.

8. Okt. Unserem Genossen Wilhelm Ring zu seinem 70. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche.

12. Okt. Unserem Genossen Wilhelm Trüder, Verfassungsrat, 7. zu seinem 70. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche. Wir hoffen, unseren alten Rämpen noch recht lange in unseren Reihen zu sehen.

23. Okt. Unserem Genossen Karl Vade und seiner Ehefrau, Ueberstr. 7, zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

11. Okt. Unserem Kreisvorsitzenden Genossen Anna Patsch zum 20-jährigen Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

4. Okt. Am Sonntag, dem 19. Oktober, verstarb unser Genosse Heinrich Schmitt. Er hinterläßt eine Hinterbliebenen-Familie. Die Beerdigung am 21. Oktober, 14 1/2 Uhr, Hauptbahnhof. Wir bitten um rege Beteiligung.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Abteilungsleiter, reichs umgebend den Bezirksleiter für das 2. Quartal und das November-Programm ein.

Beitragende-Beitragende für Jugendliche von 14-18 Jahren für Sonnabend, 8. November, sind Karten zu 50 Pf. im Sekretariat erhältlich.

Heute, Dienstag, 19. Okt. Uhr.

Kommunistische Schule (Hilfslehrer: 19. Tagespolitik). — **Revolutionäre Partei**: 19. Tagespolitik. — **Revolutionäre Partei**: 19. Tagespolitik. — **Revolutionäre Partei**: 19. Tagespolitik.

Lehrer Ede Gertrude, Heberabend, Heberabend mitbringen. Die Musik ist zur Zeit da. Note halten bringen am Donnerstag Setzungen mit ins Heim, Uckerstr. Straße.

Kreis Musikanten Alle Festlagerernehmer finden sich morgen, Mittwoch, um 17 Uhr, zum Ueben in der Karl-Marx-Schule ein. Alle Gruppen müssen mit dem Festlagerernehmer (Schwela) netzieren sein. Zur Plünderung der Festlagerernehmer (Schwela) netzieren sein.

Gruppe Stummstille Gruppenveranstaltungen sind Dienstag und Freitag von 17 bis 19 Uhr in der Karl-Marx-Schule. — Gruppe Kette: Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48. — Gruppe Kette: Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48.

Gruppe Kette Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48. — Gruppe Kette: Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48. — Gruppe Kette: Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48.

Gruppe Kette Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48. — Gruppe Kette: Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48. — Gruppe Kette: Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Seckauerstr. 37-38, 2. Etz.

Freizeitabende, Kameradschaft: 19. Oktober, 21. Oktober, 23. Oktober, 25. Oktober, 27. Oktober, 29. Oktober, 31. Oktober.

Freizeitabende, Kameradschaft: 19. Oktober, 21. Oktober, 23. Oktober, 25. Oktober, 27. Oktober, 29. Oktober, 31. Oktober.

Freizeitabende, Kameradschaft: 19. Oktober, 21. Oktober, 23. Oktober, 25. Oktober, 27. Oktober, 29. Oktober, 31. Oktober.

Lehrer Ede Gertrude, Heberabend, Heberabend mitbringen. Die Musik ist zur Zeit da. Note halten bringen am Donnerstag Setzungen mit ins Heim, Uckerstr. Straße.

Kreis Musikanten Alle Festlagerernehmer finden sich morgen, Mittwoch, um 17 Uhr, zum Ueben in der Karl-Marx-Schule ein. Alle Gruppen müssen mit dem Festlagerernehmer (Schwela) netzieren sein. Zur Plünderung der Festlagerernehmer (Schwela) netzieren sein.

Gruppe Stummstille Gruppenveranstaltungen sind Dienstag und Freitag von 17 bis 19 Uhr in der Karl-Marx-Schule. — Gruppe Kette: Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48. — Gruppe Kette: Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48.

Gruppe Kette Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48. — Gruppe Kette: Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48. — Gruppe Kette: Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48.

Gruppe Kette Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48. — Gruppe Kette: Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48. — Gruppe Kette: Die Gruppe ist heute wieder in der Parade Ganghoferstraße 48.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Montag, dem 20. Oktober.

1. Rennen. 1. Blaustrumpf (Neuenfeld), 2. Sechtmeter, 3. Cminens, 4. Nordpol. Toto: 114:10. Platz: 19, 13, 18, 24:10. Ferner liefen: Dagol (1. o. B.), Nimotz, Galdin, Osterbrun, Hildegund, Imperator, Galdin, Guy de Bal, Natur, Herzblatt, Gildert, Alma mater, Goeck, Bergamotte.

2. Rennen. 1. Brio (Janz jr.), 2. Bedonia, 3. Billy Bell. Toto: 14:10. Platz: 15, 21, 68:10. Ferner liefen: Melle, Selano (o. B.), Medicus (o. B.), Wiler Ego, Dattel, Muffen, Wilkoß, Lady Kelly, Hieber, Huberta, Goustantin Frisco.

3. Rennen. 1. Wilkes (Döhne), 2. Drjon, 3. Oß. Toto: 25:10. Platz: 13, 23, 23:10. Ferner liefen: Teufelsbus, Koppin, Palma, Champlou Goud, Süderpappel, Eder Prinzessin, Bergler, Lamerlan, Haggelied.

4. Rennen. 1. Lindengold (Neuenfeld), 2. Seichte, 3. Longelle. Toto: 88:10. Platz: 23, 69, 53:10. Ferner liefen: Lucie Wallis, Prachtmabels Tochter, Darolou Wallis, Gilly Dillon, Florian, Goudter jr., Bronze, Königsdier, Franlet.

5. Rennen. 1. Cara Bella (Janz jr.), 2. Erjan, 3. Saffre, 4. Jenny Lind. Toto: 64:10. Platz: 23, 15, 17, 21:10. Ferner liefen: Frießin, Selamit, Teufelsbus, Barabas, Adresse, Faderl, Siegesdier, Pallare, Gegenmeister.

6. Rennen. 1. Dähle (G. Hill), 2. Justice Hummel, 3. Freund Edelstein. Toto: 36:10. Platz: 15, 11:10. Ferner liefen: Don Jock, Monarch I, Britton.

7. Rennen. 1. Udt. 1. Elena (E. Hill), 2. Galsame, 3. Costa Rica, 4. Kaina. Toto: 28:10. Platz: 13, 18, 11, 12:10. Ferner liefen: Schenke, Ralator, Henny Kitzler, Rena Bell, Griede, Iris B., Darvel, Jaja Morgana, Urmach. — 2. Udt. Della (E. Kreuzberg), 3. Königsdorn, 4. Julia. Toto: 21:10. Platz: 12, 15, 17:10. Ferner liefen: Schmelzer, John, Verama, Danton, Gfion, Gelfisch, Schloßrose, Ute B., Vorgen, groß I, Gumbelone (o. B.), Grefeus.

8. Rennen. 1. Zurielauke (E. Hill), 2. König Lear, 3. Hellebarde. Toto: 23:10. Platz: 13, 15, 26:10. Ferner liefen: Hanna Ursula, Zebbyus, Adal, Banco Duffin, Natal, Kobleffe.

9. Rennen. 1. Wagner (E. Kreuzberg), 2. Nimmerfall, 3. Gerhar. 4. Heß Limolo. Toto: 90:10. Platz: 19, 15, 37, 17:10. Ferner liefen: Tram, Bahnenhof, Kroschel, Brimel, Weinbrand, Raschingsmabel, Siegesdier, Dorjennmädchen, Baron Galdin, Friedrich Herz, Uga, Fredegundis.

Preußische Staats-Lotterie

Ziehung 1. Klasse
24. und 25. Oktober

Im Ziehungssaal der General-Lotterie-Direktion
Berlin, Markgrafenstraße 39

Wesentlich verbesserter Gewinnplan

Verdreifachung der Mittelgewinne

348 000 Gewinne auf 800 000 Lose

Ausspielung rund 114 Millionen RM

Achtel-Lose 5 RM

Viertel-Lose 10 RM **Ganze Lose 40 RM**

Halbe Lose 20 RM **Doppel-Lose 80 RM**

bei allen Staatlichen Lotterie-Einnehmern von Groß-Berlin

Höchstgewinn auf 1 Doppel-Lose (5 0 des Planes)
2 Millionen Reichsmark

Höchstgewinn auf ein ganzes Los
1 Million Reichsmark

2 Prämien zu je 5 000 000 RM

2 Gewinne zu je 5 000 000 RM

2 Gewinne zu je 3 000 000 RM

2 Gewinne zu je 2 000 000 RM

12 Gewinne zu je 1 000 000 RM

Gemeinnützige Beugenossenschaft „Berolina“ zu Berlin
E. G. m. b. H. in Liquidation

Liquidationsbilanz vom 31. März 1939

Aktiva	Mark
Kassakonto	28,16
Postcheckkonto	99,29
Kontokorrentkonto	1,50
Inventar	1 000,-
Außenstände	2 646,28
Schuldkonto Zöllner	27 800,-
Verlust	875,50
	32 998,53
Passiva	Mark
Kontokorrentkonto	101,-
Darlehenskonto Zöllner	18 749,63
Geschäftsguthaben	13 724,91
Reservekonto	20,-
	32 998,53

Die Liquidatoren:
(gez.) Baron, Karsten, Zöllner

Großgarage Nordbahnhof
J. Maximilian Janischewski

BERLIN N. 58, Eberswalder Str. 14-15
Oderberger Straße 19
(1 Minute vom Nordbahnhof)

Garagen :: Tankstellen
Werkstatt

Tag und Nacht geöffnet. — Tel.: D. 4, Humboldt 2887

Nach schwerem Leiden entschlief plötzlich mein lieber Mann, unser guter Vater

Wilhelm Fuchs
im Alter von 61 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen
Franz Auguste Fuchs
Willy Fuchs, Kinder
Erwin Fuchs, Enkel
Güldener Str. 88

Einäschung: Donnerstag, 23. Okt., nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Wilm.-Heimfriedhof, Alieholzstr. 221.

Am 18. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, entschlief unerwartet im Urban-Krankenhaus meine liebe Frau

Hedwig Schnapp

Dieses zeigt tiefbetriibt an

Fritz Schnapp
nebst Kindern.

Die Einäschung erfolgt am Mittwoch, dem 22. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg.

Hautjucken, Flechten
offenen Füßen, Krampfadern

auch veralteten Wunden ist die milde und wohltuende

San.-Rat Dr. Strahl's Hausfalbe

seit Jahrzehnten bestlich empfohlen und bewährt.

In Dögl.-Dosen à 1,25, 2,50 und 4,50

Zu haben in Apotheken,
wenn nicht vorräthig, Versand kostenfrei durch

Elefanten-Apothek, Berlin SW 1942, Salzburger Straße 74 (Dönhofsplatz)

Warnung vor Nachahmungen! Männer!
Okasa bleibt Okasa!

Okasa (nach Geheimrat Dr. med. Labusen) ist kein neues Präparat, aber in der Praxis 100 000 fache bewährt. Okasa wurde vor Jahren auf Grund langjähriger wissenschaftlicher Versuche erst der Allgemeinheit übergeben. Der Gehalt an Sexualhormonen wird schon seit Jahren garantiert. Die Herstellung dieser erfolgt nach deutschem Rezept und kann nach diesem Verfahren kein Konkurrenzpräparat hergestellt werden.

Eine bessere Methode, nach welcher die Sexual-Hormone von Okasa hergestellt werden, gibt es nach dem heutigen Stande der Wissenschaft überhaupt nicht. Gerade auf unserer Methode der Herstellung der Sexual-Hormone beruht die nicht zu überbietende

Nur Okasa! Wirkung von Okasa!

Wir versenden daher nochmals
50 000 Probepackungen umsonst!

Jeder, der Okasa, das hochwertige, wissenschaftlich anerkannte Sexual-Kräftigungsmittel noch nicht kennt, erhält 1 Probepackung kostenlos, diskret verschlossen, ohne jede Absonderung, ohne jede Verpflichtung (unverlangte Nachnahmen können wir prinzipiell nicht gegen 40 Pfg. Doppelbriefporto; wir legen hochinteressante Broschüre mit notariell beglaubigten tausenden freiwilligen Anerkennungen von Ärzten und dankbaren Verbrauchern jeder Probepackung kostenlos bei.

Generaldepot und Alleinvertrieb für Deutschland:
Radlausers Kronen-Apothek, Berlin W 61, Friedrichstraße 160

Beachten Sie genau: Okasa (Silber) für den Mann, Originalpackung 9,50 M. — Zu haben in Okasa (Gold) für die Frau, Originalpackung 10,50 M. — In allen Apotheken!

Okasa wird schon seit Jahren mit garantiertem Hormongehalt hergestellt. Die verwendeten Organpräparate unterliegen einer ständigen, ununterbrochenen Qualitätsprüfung durch einen Dozenten der Staatlichen Universität Budapest.

Auf der Internationalen Ausstellung in Florenz vom 18. bis 25. November 1929 erhielt Okasa das Verdienstkreuz mit der Goldenen Medaille.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungszentrale Berlin

Todesanzeige

Der Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schmelde

Hermann Gerlach
geb. 21. Juli 1874, am 16. Oktober gestorben ist.

Über seinem Widewerk!

Die Einäschung findet am Mittwoch, dem 22. Oktober, um 18 Uhr, im Krematorium Gerlachstraße statt.

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Vier Augen sehen mehr als zwei,
aber Hühneraugen zählen dabei nicht mit.
Deshalb: „Lebewohl“ darauf.

* Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Ärzten empfohlene **Hühneraugen-Lebewohl** und **Lebewohl-Balsam**, Diacodose (in Plaster) 25 Pf., **Lebewohl-Pflaster** gegen empfindliche Füße und Fußschwellen, Schachtel (3 Bänder) 50 Pf., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Wenn Sie keine Enttäuschungen erleben wollen, verlangen Sie ausdrücklich das **echte Lebewohl** in Blechdose und weisen andere, angeblich „ebensogute“ Mittel zurück.

Porzellan

Raddatz
Berlin, Leipzigerstr. 122-123

auch bis **12 MONATS-RATEN**

Metallarbeiterkampf und Wirtschaftskrise.

Die Macht der Gewerkschaften erwiesen. — Auf den Reallohn kommt es an!

Der Abwehrkampf der Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Metallindustrie steht heute fester als je. Wenn die Unternehmer darauf gehofft haben, daß angesichts der Krise die Streikparole der Gewerkschaften nur teilweise befolgt werden würde, so werden sie inzwischen eines Besseren belehrt worden sein.

Die Macht der freien Gewerkschaften ist unerschütterlich. Ihr moralischer Einfluß ist heute größer denn je. Die Arbeiterchaft fühlt instinktiv, daß in diesen Zeiten einer katastrophalen Arbeitslosigkeit, die vom Unternehmertum rücksichtslos auszunutzen versucht wird,

die Gewerkschaften das feste Bollwerk

sind, das sie gegen die Vereindung schützt.

In der Berliner Metallindustrie gibt es viele Großunternehmer, die es sich ein Stück Geld haben lassen, um die Gelben großzuziehen und die Hakenkreuzler zu begünstigen. Diese Unternehmer können jetzt feststellen, daß sie ihr Geld zum Fenster hinausgeworfen haben. Auch die Kommunisten haben geglaubt, und zwar auf Grund ihres Wahlerfolges vom 14. September, daß die Arbeiterchaft sich unter ihre Führung begeben würde. Obwohl gerade in der Metallindustrie die sogenannte revolutionäre Gewerkschaftsopposition ihre festen Stützpunkte hat, ist die Aktion der KPD. in nichts zerbrochen. Bergebens hat sie ihre bestellten Stoßtrupps vor die Betriebe geschickt. Bergebens hat die KPD. in Betriebsversammlungen versucht, die Führung an sich zu reißen. Der Einfluß der KPD. ist mit jedem Streiktag geringer geworden; er ist jetzt vollständig ausgeschaltet.

Der Streik der 130 000 ist eine überwältigende Demonstration der Macht der Gewerkschaften.

In der Presse wird jetzt viel davon gemunkelt, daß die freien Gewerkschaften, daß der Deutsche Metallarbeiterverband bereit seien,

sich mit einer, wenn auch etwas geringeren Lohnkürzung abzufinden. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat ein derartiges Ansuchen schon vor dem Streik entschieden abgelehnt. Er hat jetzt erst recht keinen Grund, diesen Weg zu beschreiten. Alle Gerüchte und Behauptungen dieser Art sind aus der Luft gegriffen.

Es wird auch davon geredet, eventuell die bisherigen Löhne kurzfristig zu verlängern und dann erst die Lohnkürzung

Achtung, Obleute

der Betriebe des Verbandes Berliner Metallindustrieller! Heute, Dienstag, nachmittag 4 Uhr: KONFERENZ im Verbandshaus des DMV., Linienstraße 83/85.

eintreten zu lassen. Es wird dies damit begründet, daß die Preisentwertung der Regierung bis dahin sich ausgewirkt haben werde und daß auch bei einer nominalen Lohnkürzung die Reallohne nicht gekürzt werden würden.

Dazu ist zu sagen, daß die Preisentwertung bislang den Arbeiterhaushalt noch nicht erreicht hat.

Angekündigt ist eine sechsprozentige Senkung der Ruhrkohlenpreise. Die Berliner Metallarbeiter, soweit sie selbst Kohle verbrauchen, brennen Braunkohlenbriketts, von deren Preisentwertung man noch nichts weiß. Man hat bisher die Eisenpreise, die Linoleumpreise und die Preise einiger Markenartikel gesenkt, dagegen die Eisenbahntarife erhöht. Wiedel Linoleum und Eisen die Berliner Metallarbeiter für sich verbrauchen, ist leicht auszurechnen.

Gewiß kann sich die Preisentwertung auf Kohle und Eisen, wenn sie verallgemeinert wird, auch auf die Kleinhandelspreise auswirken. Borsäure ist aber davon noch nichts zu spüren. Wenn einmal die Fleisch- und Butterpreise, die Preise für Kartoffeln, Margarine, Kaffee, Gemüse und Fett auch im Einzelhandel sich in fühlbarer Weise gesenkt haben werden, wenn vielleicht gar die Tarife des Personenverkehrs, die Sozialbeiträge durch den Rückgang der Arbeitslosigkeit,

wenn sich die Preise für den ganzen Bedarf des Arbeiterhaushalts auch im Einzelhandel fühlbar gesenkt haben werden,

dann werden auch die Arbeiter mit sich reden lassen. Es versteht sich von selbst, daß es den Arbeitern nicht darum geht, einen hohen Nominallohn, sondern einen hohen Reallohn zu haben. Es kommt dem Arbeiter darauf an, zu wissen, was er sich für seinen Lohn kaufen kann.

Es muß jetzt schon dabei bemerkt werden, daß auch bei sinkenden Einzelhandelspreisen der Reallohn nicht in vollem Ausmaße der Preisentwertung folgen darf. Im Interesse der Gesamtwirtschaft muß auf eine Stärkung der Kaufkraft hingearbeitet werden. Wir kommen von der katastrophalen Arbeitslosigkeit nicht herunter, wenn es uns nicht gelingt, den Absatz auf dem Innenmarkt zu heben.

In Deutschland ist nun einmal die Industriearbeiterchaft die Basis des Innenverbrauchs. Es ist für die deutsche Wirtschaft nicht gleichgültig, ob die 130 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Metallindustrie eine gesteigerte oder eine geschwächte Kaufkraft besitzen. Nur wenn man so das Interesse der Gesamtwirtschaft im Auge behält, wird es möglich sein, eine Lösung des Konflikts zu finden, der auch die Arbeiterchaft zustimmen kann.

Tränen über Fords Lohnerhöhung

„Lohnabbau“ bei Borgis-Direktoren! — Preisentwertung mit Vorsicht!

Daß Henry Ford nicht nur in Berlin, sondern in der ganzen Welt, mitten in der Krise demonstrativ Lohn erhöhungen um 7 bis 12 Proz. und gleichzeitige Preisentwertungen von 15 Proz. angeordnet hat, war im Unternehmerlager ein Schlag ins Kontor. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das sich ernst gebende schwerindustrielle Scharfmacherblatt in Berlin, meint diese Tränen über den Knäuel, den Henry Ford den Unternehmern zwischen die Beine geworfen hat.

Freilich wird flugs wieder ein Schwindel zubereitet, um Fords Aktion bedeutungslos zu machen. Der Lohnfaktor spiele bei Ford keine Rolle, weil Ford „nur“ Montagebetriebe habe.

Daß Ford mehr als doppelt so hohe Löhne zahlt wie beispielsweise MG. und Daimler und deshalb der Lohnfaktor auch in seinen Montagebetrieben entscheidend ist, wird verschwiegen. Daß Ford auch in Berlin 60 Proz. deutsches Material verarbeitet, in dem die gleichen deutschen Löhne stecken, daß Ford in Köln zukünftig 85 Proz. deutsches Material verarbeiten wird, das wird auch verschwiegen. Daß Ford dieselben Sozial- und Steuerlasten trägt, wie die Berliner Metallindustriellen, natürlich ebenfalls.

Der „D.A.Z.“ ist bei ihrem Schwindel auch nicht wohl zumute, und sie muß, ob sie will oder nicht, doch ihrem Tränenstrom freien Lauf lassen. Es sei unerfindlich, heißt es im Selbstakt der Siemens, Thyssen und Bögler, warum Ford

„just den jetzigen Zeitpunkt auswählt, um der im wohlverstandenen Interesse der deutschen Wirtschaft liegenden Politik unserer heimischen Industrie so idiosyll entgegenzuhandeln“.

Reinlich, peinlich!

Daß Fords Vorgehen ein neuer Beweis für die Gerechtigkeit des Berliner Abwehrkampfes gegen den Lohnabbau ist, daran fehlt keine Maus einen Faden ob. Die Krokodilstränen der „D.A.Z.“ können es nur noch unterstreichen.

Borgis will Eindruck machen.

Auch Borgis-Logos ist schnell in die Front derer eingeschwenkt, die mit dem Versprechen der Preisentwertung den Reichsarbeitsminister beeindrucken wollen. Sie hat ihren Verkaufsbüros Anweisungen gegeben, im Falle des Inkrafttretens des Schiedspruchs über die Lohnentwertung eine „entsprechende“ Herabsetzung der Preise vorzunehmen. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß schon vor einigen Monaten die leitenden Angestellten der Firma Borgis freiwillig auf zehn Prozent ihrer Einnahmen verzichtet haben.

Wenn Borgis nicht handelt wie Henry Ford (siehe oben), so nehmen wir das nicht übel. Auch daß er keinen Deut besser handelt als die altgewohnten Scharfmacher in der Schwerindustrie, das muß man von dem Präsidenten in der Schwerindustrie hinnehmen. Wir hoffen aber, daß sich die Öffentlichkeit nicht durch seine Versprechungen täuschen läßt.

Im übrigen sind wir neugierig. Wieweil haben die zehn Prozent ausgemacht, die die leitenden Beamten auf ihr Einkommen sich haben abhandeln lassen? War es das gesamte Einkommen, wie es scheinen könnte, oder waren es nur die Gehälter, wie es wahrscheinlich ist, die nur einen Bruchteil des Einkommens ausmachen?

Wir bitten auch hier um Antwort.

Scheinheilige Kronleuchterfabrikanten.

Die Vereinigung der Beleuchtungskörperfabrikanten, die in Berlin auch Tausenden die Löhne kürzen möchte, hat ihre Lohnhöhmwünsche noch mit einer besondern Schar überhäuft. Lohn- und Preisentwertung sei eine der wichtigsten Maßnahmen zur Befähigung der Wirtschaft. Die Vereinigung habe ihre

Preise teilweise bis zu 20 Proz. gesenkt und seien der jetzt beabsichtigten Lohnentwertung weit vorausgeeilt. Komme aber die Lohnentwertung nicht, so könnte die Preisentwertung nicht aufrechterhalten werden, weil eine ganze Reihe von Firmen sonst zusammenbrechen.

Diesen Wink mit dem Hauptfuß versteht sogar der Arbeiter, geschweige der Reichsarbeitsminister, der ihn von Amts wegen verstehen muß. Aber wieviel ist wohl an der Rationalisierung und in der Bilanzkonjunktur vorweg verdient worden, bis man die Preise „vorweg“ senkte? Wer hat von der Preisentwertung soviel gemerkt, als 20 Proz. ausmachen? Und im übrigen: ist nicht Kupfer um 29, Zinn um 37, Blei um 19, Zink um 43 Proz. gesunken, was etwas mehr ist als 20 Proz.? Warum meinen also die Herren? Warum die Löhne sollen herunter, die Gewinne hinauf!

Braunkohle billiger, wenn . . .

Das Ostfälische Braunkohlen Syndikat will am 28. Oktober in einer Sitzung „ermöglichen“, die Preise für Braunkohlen und Briketts herabzusetzen. Man spricht von 6-10 Prozent. Auch diese Preisentwertung gehört zu den Kapiteln der Lohn- und Preisentwertung, wo man die von der Krise ohnehin erzwungenen Preisentwertungen durch eine Lohnentwertung für den Profit nicht fühlbar machen will.

Vorfeldkämpfe der Bergarbeiter

Unternehmer lehnen 7-Stundenschicht ab. — Der Kampf um die Preisentwertung.

Bochum, 20. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Verhandlungen im Ruhrbergbau, die am Montag in Essen stattfanden, verliefen ergebnislos.

Die Bergarbeitervertreter forderten die Wiedereinführung der Siebenstundenschicht, da die Friedensleistung nicht nur erreicht, sondern weit überschritten sei. Damit sei die Voraussetzung für die Siebenstunden-Arbeitszeit gegeben. Die tiefste Arbeitslosigkeit im Bergbau zwingt zur Arbeitsbeschaffung durch Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Unternehmer verteidigten den Standpunkt, daß ihnen unter den gegenwärtigen Verhältnissen das Recht auf Verfahren von Arbeitsschichten über die bisherige Arbeitszeit hinaus gegeben werden müsse. Eine Behebung der Arbeitslosigkeit sei nur durch Senkung der Selbstkosten und verstärktem Wettbewerb möglich.

Demgegenüber betonten die Vertreter der Gewerkschaften, daß die Abnahmmöglichkeiten aus weltwirtschaftlichen Gründen begrenzt seien; die strikte Durchführung des Unternehmerstandpunktes müsse zur Vereindung der Bergarbeiterchaft führen. Zu beachten sei, daß in dem größten Kohlenausfuhrland der Welt, in England, die Arbeitszeit im Bergbau ab Dezember verkürzt werde.

Die Unternehmer verhielten sich gegenüber den Argumenten der Gewerkschaft vollkommen ablehnend. Sie wollen durch Anrufung des Schlichters für Anfang November neue Verhandlungen in die Wege leiten.

Auch bei den Ruhrkohlenherren steht angesichts der Wirtschaftskrise die Vermunft. 76000 Bergarbeiter wurden in Jahresfrist entlassen, im Verhältnis viel mehr als der Födererückgang. Preisentwertung und Schichtkürzung allein konnten besseren Absatz und Mehrbeschäftigung bringen. Man kannte die Ursachen der Absatznot, aber man sperrt sich gegen die Vermunft. Die „D.A.Z.“, das Organ der Bögler, Thyssen und Kardorf, berichtet folgendermaßen über die Lage:

Der Ruhrbergbau hat im Jahre 1930 nach und nach 70000

Arbeiter (es sind jetzt schon 76 000. D. A.) entlassen müssen. Welche Hemmnisse bei dieser harten Rohregel die Wertleistungen hatten, davon legen besser als lange Reden die riesigen Kohlen- und Koks mengen Zeugnis ab, welche die Herren, die zu dieser Tagung aus Berlin und anderswoher nach dem Renier gefahren sind, auf ihrer Reise zwischen Honau und Essen gesehen haben. Hinter den Koksbergen verschwinden bald die großen Anlagen und die hochragenden Schachthürme. Wir war die Entmündung? Erst kam die Absatzstocung, und da man die Förderung nicht droffeln wollte, schritt man zur Lagerung. Davu kamen Beurlaubungen und Zeierlichkeiten, und erst als trotzdem die Lager jeden Monat um eine Million Tannen, das sind zwanzig Millionen Zentner, anwachsen, wurden mehr und mehr Leute entlassen. Die Lagerung dieser Brennstoffmengen frist nicht nur große Zinsen auf, sondern erfordert darüber hinaus Millionenbeiträge für Erstellung neuartiger Transportgeräte, durch die man die Qualität des Lagergutes einigermaßen zu retten sucht. Man kommt zu einer Vorstellung von der Größe der Opfer, die hier erforderlich werden, wenn man sich überlegt, daß die Lagerhalden insgesamt nun schon fast gleichkommen dem riesigen Jahresbedarf der Reichsbahn, und daß sie einen Wert von beinahe 200 Millionen Mark haben.

Also Verluste über Verluste! Warum, weil man trotz der Weltkrise auf den hohen Listenpreisen im Inland sitzen blieb und keine Krisenverluste, obwohl der erste Verlust immer der kleinste ist, auf sich nehmen wollte. Die Kohlenindustrie hat sich daran gewöhnt, eine Staatsrentnerindustrie zu sein. Weil wir ein Kohlewirtschaftsgebiet haben, deshalb soll es im Bergbau kein Kapitalrisiko mehr geben. Mit solchen Anschauungen muß jede Industrie im Weltmarktkampf ins Hintertreffen kommen, auch wenn die Rationalisierungsversuche noch so groß sind.

Auch die Kohlenherren müssen lernen, daß eine Krise von

Christliche Sorgen.

Verkennung des Schlichtungswesens.

Der „Deutsche“ ist in Sorge wegen des Reichstagsbeschlusses, der die Regierung auffordert, den Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie nicht für verbindlich zu erklären. Das Blatt verwechselt Schlichter und Arbeitsminister mit unabhängigen Richtern und kommt daher zu abwegigen Schlussfolgerungen. Die Verbindlichkeitserklärung ist ein politischer Akt. Die Schlichter sind keine Richter, sondern staatliche Organe. Das Schlichtungswesen ist eine politische Einrichtung. Zu dieser Auffassung haben sich von jeher die freien Gewerkschaften bekannt, und deshalb kann selbstverständlich der Reichstag, wenn es sich um einen wichtigen Arbeitskonflikt handelt, seine Stimme erheben und seinen Einfluß geltend machen. Immer wieder haben die freien Gewerkschaften betont, daß das Schlichtungswesen als Ausfluß des Artikels 165 der Reichsverfassung eine staatspolitische Aufgabe ist. Es ist daher völlig absurd, zu behaupten, der sozialdemokratische Antrag rütle an den Grundfesten staatlicher und rechtlicher Ordnung.

Lohnfragen sind Machtfragen. Ohne die Wirtschaftskrise wäre es nie zu dem Schiedspruch gekommen. Herrschte nur Gerechtigkeit, dann würde der Schlichter den Arbeitern eine Lohnentwertung zugesprochen haben. Die Argumentation des „Deutschen“ kommt darauf hinaus, daß die Arbeiter ihren Einfluß nicht geltend machen dürfen.

Die Bezirksdelegiertenversammlung der Berliner Theater wählte Werner Bernhardt als Obmann, Kammerfänger Fritz Soot und Otto Laubinger als Beisitzer.

den Unternehmern kaufmännische Vernunft in der Preispolitik verlangt. Es ist keine kaufmännische Vernunft, wenn man nur um die letzte, an sich schon unvernünftige Preissteigerung von 1928, jetzt herumgerungen wird, wenn man selbst dieses Einseitigkeit noch von einer Lohnsenkung abhängig macht und in der Arbeitszeit die Arbeitsintensivierung nicht zum Ausdruck kommen lassen will. Dagegen würde eine wirklich fühlbare Kohlenpreisfaltung — und nicht erst zum 1. Dezember — in der ganzen Wirtschaft wahrscheinlich eine starke Preisfaltungswelle in Gang bringen, die sich am allerleichtesten für den Bergbau bezahll machen würde.

Die Entwicklung an der Ruhr.

Im Monat September ist die Kohlenförderung im Ruhrrevier von 8,53 auf 8,61 Mill. Tonnen leicht gestiegen. Die Erzherzeugung hat jedoch ihren Rückgang noch fortgesetzt und stellte sich auf 2,13 gegen 2,28 Mill. Tonnen im Vormonat. Trotz der Steigerung der Förderung ist die Belegschaft gegenüber dem August von 318 440 auf 311 111 Mann weiter gesunken. Damit sind seit dem September vorigen Jahres 75 000 Bergarbeiter entlassen worden.

Der arbeitsmäßige Absatz des Rheinisch-Westfälischen Kohlenbundes ist mit 303 359 Tonnen um fast 2 Proz. gegenüber dem Vormonat gesunken und liegt um 22 Proz. unter den Verkaufszahlen des September 1929. In den ersten sechs Monaten des laufenden Wirtschaftsjahres (April bis April) hat sich der Endverbrauchsabsatz um 21,4 Proz. verringert. Der Syndikatsabsatz ausschließlich Zechenelbstverbrauch, stellte sich auf 48,2 Proz. der Forderung und 68 Proz. der Förderung.

Im Braunkohlenbergbau liegt die Förderung im mitteldeutschen Revier im Berichtsmonat von 8,29 auf 8,52 und die Bricketproduktion von 2,16 auf 2,28 Mill. Tonnen. Im Rheinland ist nach ein Rückgang der Bricketherzeugung eingetreten.

Reichsbank kauft wieder Gold.

Nach dem Londoner Goldausweis wurde Barrengold im Werte von über 3 Millionen Mark nach Deutschland ausgeführt. Dieser Posten wurde für deutsche Rechnung in der vergangenen Woche aus südafrikanischen Goldminen erworben. Schon in der Woche zum 15. Oktober hat die Reichsbank mit Teilen ihrer Goldreserven auch Devisen angekauft. Da die Devisenkäufe in Deutschland stark nachgelassen haben, scheint der Sturm auf die Goldreserven der Reichsbank vorüber zu sein.

Zechenferngas — ein Fiasto.

„Ein trauriges Ergebnis.“

Seit 4 Jahren hat der Ruhrbergbau um die Durchscheidung einer Ferngasversorgung von den Zechen aus für ganz Deutschland gekämpft. Die Kohlenkrise sollte durch das Ferngas gelöst, die Kohlenförderung und die Beschäftigung von Bergarbeitern dadurch vermehrt werden. Wir haben die Möglichkeit dazu bestritten, wir haben die Mühe bekämpft.

Auf der in der vorigen Woche beendeten 3. Technischen Tagung des Ruhrbergbaus wird bestätigt, daß das Ergebnis der Kampagne im ganzen ein Fiasto war. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt in einem Spezialbericht darüber folgendes:

„Interessant war die Diskussion, in der von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen wurde, daß — vom Standpunkt der Zechen selbst aus gesehen — der „Kohlenminderverbrauch“ ein „trauriges Ergebnis“ der Ferngasversorgung sei; man besitze den Förderungsanstalt auf täglich 6000 Tonnen Gasflamme und 8000 Tonne Koks, die mittlere Tagesleistung von zwei Zechen. Demgegenüber betonte Dr. Pott (Direktor der Ruhrgas-A.G. Die Red.), auf die Dauer müsse die Gasabgabe zu einem Kohlenmeherverbrauch auf den Zechen selbst führen. Im ganzen Rang in der Diskussion eine gewisse Entscheidung über die Entwicklung der Ferngasversorgung durch. Sie hat sich bisher im wesentlichen nur entwickeln können durch die Abgabe an Konzernwerke, also an Aktionäre der Ruhrgas-A.G. selbst. Zurzeit geht das Ferngas zu 90 Proz. an die Industrie und nur zu 10 Proz. an kommunalen Verbrauch. Dr. Pott empfahl aber ausdrücklich vorläufige Zurückhaltung. Man solle lieber sich zunächst mit der heimischen Industrie begnügen, als jetzt mit Kommunen zu Preisen abschließen, die — wörtlich — „später sehr weh tun würden“. Angesichts der Gasleistungsstörungen, die man bisher für Ferngas einerseits und Kommunalgas andererseits aufgemacht hat, muß diese Haltung der Ferngasinteressenten eigentlich überraschen. Jedenfalls war sie ein deutliches Eingeständnis, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.“

Deutlicher kann das Fiasto nicht zugestanden werden: die Kohlenförderung zurückgegangen, die von den Kommunen erzwungene Preisstellung ruiniert. Eine neue Fehlleistung deutscher Wirtschaftsführer!

Kündigung der Staatsangestellten?

Die VBA-Verbände lehnen Stellungnahme ab.

Vom Zentralverband der Angestellten wird mitgeteilt: Wie bekannt, hat das Reichsfinanzministerium durch einen Erlass die Kündigung aller Staatsangestellten zum 31. März 1931 angedroht. Der Zweck dieser Maßnahme ist, als Folge der beabsichtigten Kürzung der Beamtengehälter auch die Angestelltenbezüge mit gleichzeitiger Wirkung kürzen zu können.

Breußen steht sich mit Rücksicht auf diese Reichsmaßnahme voran, daß das gleiche zu tun. Es hat jedoch, um sich über die Art der Durchführung des Gehaltsabzuges zu beraten, alle am preussischen Angestelltentarif beteiligten Organisationen geladen. Die Vertreter der VBA-Verbände (Zentralverband der Angestellten, Allgemeiner Verband der deutschen Bankangestellten und der Technischen Angestellten und Beamten und Deutscher Wertmeisterverband) haben die Erklärung abgegeben, daß sie

mit Rücksicht auf die ungeklärten Verhältnisse der beabsichtigten Kürzung der Beamtengehälter jede Stellungnahme zu der Absicht der Staatsregierung ablehnen

müssen. Die Verantwortung für die von der preussischen Regierung beabsichtigten und vom Reich bereits durchgeführten Maßnahmen trifft allein die Regierung. Die Vertreter der übrigen Gewerkschaftsrichtungen haben sich dieser Erklärung angeschlossen.

Stillelegung der Hordwerke.

Dresden, 20. Oktober.

Die Hordwerke haben beim Arbeitsministerium die vollständige Stillelegung des Zwickauer Wertes beantragt. Bereits heute, Dienstag, fallen die vom Arbeitsministerium angeordneten Verbindungen stillstehen.

Die Angestellten zum Kampf.

Solidarität mit den streikenden Metallarbeitern.

In überfüllten großen Saal der „Neuen Welt“ nahmen am Donnerstag die Mitglieder der Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten Stellung zu der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage. Über 4000 Mitglieder waren dem Ruf der Organisationsleitung gefolgt.

Zum Beginn der Veranstaltung zog in geschlossenem Einmarch die Jugendgruppe mit dem Absingen eines Kampfliedes ein. Der Sprech- und Bewegungschor der Jugendgruppe unter Leitung von Otto Polemann sprach einleitend sinngemäße Dichtungen zum Thema des Abends.

Genosse Fritz Kaphthal hielt ein Referat über das Thema „Deutschland in der Weltwirtschaftskrise“. Seine großangelegte Rede, die wir leider aus Raumgründen nicht wiedergeben können, wurde mit langanhaltendem stürmischem Beifall von der Versammlung aufgenommen, ebenso die oftmals mit Beifall unterstrichenen Ausführungen des Genossen Gattfurth, der über das Thema „Gewerkschaftspolitische Schlussfolgerungen“ referierte. Genosse Gattfurth führte aus, daß sich diese Schlussfolgerungen ergeben aus der vom Genossen Kaphthal geschilderten Situation. Wir haben uns vor allem zu unterhalten über die uns zur Verfügung stehenden Kampfmittel innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft. In Krisenzeiten will jede Gruppe die entstehenden Lasten auf die andere Gruppe abwälzen. Das zeigt sich durch den Druck der Unternehmer auf Abbau der Löhne und Gehälter und in ihrem Kampf gegen die sozialpolitischen Einrichtungen. Der Kampf in der Berliner Metallindustrie ist Beweis hierfür. Wir wollen ausdrücklich betonen, daß

der Kampf der Berliner Metallarbeiter auch unser Kampf ist, den wir mit allen unseren Kräften idealer und materieller Art zu unterstützen haben.

Gewiß ist die Tarifarbeit nicht die Hauptaufgabe der Gewerkschaft. Wenn aber der für die materielle Lage der Arbeitnehmer so wichtige Tarifvertragsgedanke angegriffen wird, dann haben wir den Kampf um die Erhaltung unserer Tarifposition zu führen.

Gegenwärtig gibt es in Deutschland rund 700 000 Erwerbslose, die keine periodische Unterstützung mehr erhalten. Darum muß unser Kampf um die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung gehen. Wir müssen ihn führen für die Erhaltung der sozialen und materiellen Position der in Arbeit stehenden. In engstem Zusammenhange hiermit steht das Problem der Arbeitszeit.

Die Gewerkschaften müssen sich bewähren als die geschlossene Einheit der Angestellten und Arbeiter. Wir können uns nur bewähren, wenn wir energisch und mutig zusammenstehen. Bei wichtigen Entscheidungen wird die Mitgliedschaft dem Rufe der Organisationsleitung folgen. Die Gewerkschaft ist nicht die Lohnpolitiksmaschine, sie ist die feste Zusammenfassung der Mitgliedschaft, eine festgefügte Formation im Befreiungskampf der Menschheit.

Die eindrucksvolle und von großer Begeisterung und Kampfbereitschaft getragene Massenveranstaltung, wie sie in diesem Ausmaß noch nicht erlebt worden ist, hat gezeigt, daß auch die freigewerkschaftlichen Angestellten entschlossen sind, in gemeinsamer Front mit den freien Arbeitergewerkschaften den Kampf aufzunehmen gegen die Krise und die Reaktion.

Für die streikenden Metallarbeiter! Die Allgemeine Freie Lehrergewerkschaft.

In seiner letzten Mitgliederversammlung beschloß der Provinzialverband Berlin-Brandenburg der AFD:

1. Der Provinzialverband Berlin-Brandenburg der AFD erklärt den streikenden Metallarbeitern Berlins seine Sympathie und wünscht den deutschen Metallarbeiterverband einen vollen Erfolg in der Durchführung seines Abwehrkampfes.
2. Der Provinzialverband Berlin-Brandenburg der AFD beschließt für den Monat November einen einmaligen Sonderbeiratag von einer Mark zum Unterstützung der streikenden Metallarbeiter. Der Betrag ist dem DMB zur Unterstützung in besonderen Notfällen zu überweisen.

Sechsstundenschicht durchgeführt!

In den Harburger Delfabriken. — Es geht, wenn man will.

In der Delfabrik Brinmann u. Mergell in Harburg-Wilhelmsburg ist am Montag auf Grund der Verhandlungen zwischen der Firma und dem freigewerkschaftlichen Fabrikarbeiter-Verband die 6-Stunden-Schicht eingeführt worden. 300 neue Arbeiter wurden eingestellt. Auch die Firma Nobler u. Ihörl ist bereit, die 6-Stunden-Schicht durchzuführen, wodurch zunächst 50 Arbeiter eingestellt werden. Bei der Firma Ihörl, Vereinigte Delfabriken, werden 500 bis 600 Arbeitslose durch die Einführung der 6-Stunden-Schicht wohlfahrtsempfänger und Ausgesteuerte berücksichtigt.

Der Anfang mit der 6-Stunden-Schicht ist hier gemacht. Die freien Gewerkschaften haben die Forderung mit Verlebarheit und der Preussische Staat hat sich ebenfalls eingesch. Statt dreimal acht werden jetzt viermal sechs Stunden gearbeitet.

Man sieht, es geht, wenn man will!

Die 40-stündige Arbeitswoche.

In gemeinsamer Sitzung des Betriebsvorstandes und des Betriebsrats mit der Geschäftsleitung der Glasfabrik B. u. S. wurde vereinbart, die 40stündige Arbeitswoche einzuführen, um zu versuchen, möglichst viele Kollegen in Arbeit zu behalten.

Die Glasfabrik hofft mit dieser Maßnahme, die für die älteren Kollegen ein großes Opfer bedeutet, für ihren Teil nach besten Kräften bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mitzumachen.

Neue Streikparolen der ADO.

Verkehrsfreie gelingt nicht, deshalb Verkehrsänderung.

Nachdem am Sonnabend, dem 18. Oktober, die ADO trotz des bestehenden Tarifvertrages versucht hat, allerdings vergeblich, die Berliner Kraftbroschensführer vor ihren Wagen zu spannen, gibt sie jetzt eine neue Streikparole aus. Einer der größten Betriebe im Kraftbroschensgewerbe hat, wie nicht anders zu erwarten war, eine ganze Reihe von Entlassungen vorgenommen. Diese Opfer gegenüber der ADO, noch nicht, und sie fordert nun in einem Flugblatt die Belegschaft dieses Betriebes auf, in den Streik zu treten, um die Wiedereinstellung der Entlassenen zu erzwingen. Die freigewerkschaftlichen Betriebsräte sind davon überzeugt, daß solche Aktionen die so notwendige Einheit der Belegschaft untergraben und nur weitere nutzlose Opfer fordern. Um Klarheit zu schaffen, haben die freigewerkschaftlichen Betriebsräte folgende Erklärung veröffentlicht:

Berlin, den 20. Oktober 1930.
Kollegen! Die untenzeichneten freigewerkschaftlichen Betriebsräte bedauern die in unserem Betriebe eingetretenen Ereignisse. Wir sind der Auffassung, daß der immer noch gültige Tarifvertrag von uns sowie von den Unternehmern beachtet werden muß.

Wir warnen die Kollegen, in einen Kampf einzugreifen, der nur ein Konkurrenzkampf der kleinen Betriebe gegen Großbetriebe ist und der von unverantwortlicher Seite inszeniert wurde. Unsere Organisation, der Gesamtverband, wird zu gegebener Zeit zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen Stellung nehmen.

Wir erwarten von unseren Kollegen, daß alle Streikparolen von Nichttarifkontrahenten abgelehnt werden. Wir bedauern die bereits eingetretenen Entlassungen und sind bereit, dieselben, soweit es in unseren Kräften liegt, rückgängig zu machen.

Die freigewerkschaftlichen Betriebsräte.
Benede Hesse Bapli.

SPD.-Metallarbeiter!

Am Donnerstag, dem 25. Oktober, abends 7 Uhr, in den Sophienkolln, Soppfienstraße 17/18

Fraktionsversammlung!

Wichtige Tagesordnung. — Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches der Partei und des Metallarbeiterverbandes.
Der Fraktionsvorstand

Unter der roten Fahne.

Die Jugend des Vfa-Bundes hatte zu einem geselligen Abend eingeladen. Es soll hier gleich bestätigt werden, daß ihr Bemühen, ihre Gäste gut zu unterhalten, von Erfolg gekrönt war. Ein Jugendchorleiter musizierte ausgezeichnet, ein paar wichtige Typen auf der Bühne machten den Abend zum Berliner Humor und Zeitgeist zu einem schmackhaften Gericht. Als Einleitung des Abends sah man ein paar Filme: zuerst eine schöne und lehrreiche Aufnahme von einer Siedelwanderung durch den Harz. Das Orchester begleitete mit Wanderliedern, die von den Zuschauern fröhlich mitgesungen wurden. Dann folgte ein lustiger stummer Film. Zum Schluß betrat der Sprech- und Bewegungschor des Vfa-Bundes das Podium. Wichtig klang sein Bekenntnis zur Arbeiterbewegung, zum Sozialismus, das er ablegte, um eine rotleuchtende Fahne gefahrt. Dann wurde das Lied „Wenn wir schreiten Seit an Seit“ gemeinsam gesungen, und die Veranstaltung klang aus in dem schönen Jugendgruß: Freundschaft.

Berliner Gewerkschaftsschule. Arbeiter- und Angestellten-Betriebsräte!

Heute, Dienstag, abends 7 Uhr, beginnen wieder die regelmäßigen arbeitsrechtlichen Informationsabende für Betriebsräte im Saal 3 bzw. Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Engländerstr. 24/25. Die Leitung dieser Abende haben namhafte Arbeitsrechtler übernommen. Leiter des ersten Abends ist der Genosse Dr. Bröder vom Vorstandes des DGB.

Die Informationsabende stehen allen Berliner freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte offen. Vorherige Anmeldung dazu ist nicht notwendig. Die Kollegen können ohne weiteres an jedem Abend teilnehmen, auch wenn sie nicht in der Lage sind regelmäßig zu kommen. Die Teilnahme ist kostenlos.

In diesen Abenden werden wichtige aktuelle arbeitsrechtliche Fragen von dem Referenten besprochen. Die Hörer selbst haben Gelegenheit, alle in ihrer Praxis auftauchenden arbeitsrechtlichen Angelegenheiten zur Besprechung zu stellen. In freier Aussprache, ohne formale Systematik, ohne jeden Zwang, soll den Betriebsräten die Möglichkeit gegeben werden, sich für ihre Praxis zu informieren und ständig mit der Arbeitsrechtssprechung auf dem Laufenden zu bleiben. Der Besuch kann daher allen interessierten Kollegen nur angelegentlich empfohlen werden.

C. Lorenz A. G. Arbeiter! Streikversammlung heute, 11 Uhr, vorm. Lokal Birkenwäldchen. Bis 14 Uhr werden Listen ausliegen, um die freiwillige Mitgliedschaft der Ortskassenliste Tempelhof zu beantragen. Ausweis des Betriebs legitimiert.

Spinnstoff-Fabrik und Wmkt, Zehlendorf, Donnerstag, 14 Uhr, im Lokal Neuer, Seehof, Badschönberg, wichtige Versammlung aller Betriebsräte und Sympathisierenden. Wichtige Tagesordnung. Der Jubiläumsvorstand.

Freiwerte!
Die Streikenden wollen sich heute zwischen 8 und 12 Uhr im Streikhof in der Umgebung ihres Krankheitsengelassen.

Zweitstuf-Metallarbeiter und -arbeiterinnen!
Heute Dienstag, 15 Uhr, Streikversammlung im Lokal Birkenwäldchen. Streikausweis legitimiert.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin
Heute, Dienstag, 10¹⁵ Uhr, tagen die Gruppen: Tempelhof: Gruppenheim Schule Wilhelmsbrühl, 49-54 (Lichterhaus), 7. Geburtstagsfeier der Gruppe.
— Humboldt: Gruppenheim Baum, 56a (Lichterhaus), Gruppenfeier 1. Sinterabend. — Kottbuser Meer: Städt. Jugendheim Kottbuser Meer, 22. Vortrag: „Die englische Arbeiterbewegung“. — Lichtberg: Gruppenheim Lichtberg, 44. „Eine Arbeitsgerichtsverfahrensberatung“. — Tempelhof: Gruppenheim Baum, Lichtberg, 44. „Sozialrecht“. — Siedelberg: Gruppenheim Baum, Engländerstr. 24-25, Saal II des Fabrikarbeiterverbandes. Vortrag: „Aufgaben der Gewerkschaften“.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten
Heute Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Rothwest: Jugendheim Fichte, Str. 15-19. Abend eigener Vorträge. — Lichtberg: Gruppenheim Guntterstr. 41. „Aus dem Leben eines Arbeiters“. — Tempelhof: Gruppenheim Baum, 56a (Lichterhaus), 7. Geburtstagsfeier der Gruppe. — Seehof: Schulz-Berliner Str. 30. Vortrag Ditta Telemann. — Am 2. November findet die nächste Jugendbesprechung der Volkshilfe statt. Davon hierfür sind in Jugendbesprechungen teilzunehmen.

Armin Wegner: In der Stadt des Friedens

I.

Ich gehe durch Bagdad, die Stadt des Friedens.*) Zwölf Jahre lang habe ich die Stadt nicht wiedergesehen. Als ich ihre Hauptstraße das letzte Mal betrat, war sie ein vollkommener Trümmerhaufen. Noch im Anfang des Krieges konnte man Bagdad nur durch die engen Gänge des Bosars durchschreiten; selbst für die türkischen Truppen gab es keinen anderen Weg als dieses Gewirre finsterner und gebogener Gassen. Um der unerträglichen Verkehrshinderung ein Ende zu setzen, ließ Hafliz Pascha, der türkische Oberbefehlshaber des Irak, den neuen Weg mitten durch die Stadt brechen. Man riß Bosargänge nieder, hieb die alten Paläste indischer Kaufleute wie einen Holzstamm mit der Art entzwei und fand seine Genehmigung darin, die neue Straße quer durch den Garten des englischen Konsulats zu legen. Aber was zurückblieb, war ein einziger Haufen von Staub, Sonne, Müll und Schutt, in dessen Vertiefungen die wilden Hunde schliefen und der immer mehr die Blut und den Staubdunst der Wüste annahm.

Heute ist die schnurgerade Straße mit Asphalt gepflastert. Die Wände und Balken neuer Backsteinhäuser erheben sich an den Seiten. Zahlreiche Hotels: New-Carlton-Hotel, Maude-Hotel, New-Imperial-Hotel erinnern an die Herrschaft der neuen Besitzer. Die Stadt hat ihre Verkehrsrollen wieder zu spielen. Die Automobile jagen vorüber, Pferdewagen klappern, Kraftwagen lassen laudend ihren Benzinschweif hinter sich. Der Motor donnert, die Hupe brüllt.

Wenige Schritte abwärts liegen am Fluß noch immer Scharen von Arabern, um in der süßen Ruhe des Nichtstuns untätig auf das Wasser zu starren. Aber man glaube nicht, daß der Mohammedaner der Maschine feindselig gesinnt ist. Er, der jede Anstrengung scheut, die nicht die Lebensnot unentweidbar von ihm fordert, hat eine besondere Vorliebe für jenes geheimnisvolle Zauberwerk, das die Menschen des Westens erfunden haben, um es für sich arbeiten zu lassen. Doch er sieht nicht ein Mittel darin, mit ihrer Hilfe seine Arbeit zu vervielfachen; für ihn ist sie ein Wunsch und eine Hoffnung — ihm die Arbeit abzunehmen.

Immer hat er es ausgezehmt verstanden, andere oder seine Frauen und Kinder sich für ihn rühren zu lassen, um Geld oder Nahrung für ihn zu gewinnen. Lieber verzichtete er oft auf einen besseren Verdienst, wenn es ihn keine Mühe kostete. Ein deutscher Kaufmann erzählte mir, wie er sich kurz vor dem Kriege einen Wächter mietete, um sein Boot auf dem Tigris bewachen zu lassen. Als Entgelt hatte er die Summe von einem türkischen Pfund dafür vereinbart. Als er einige Tage später an den Bootsplatz kam, fand er statt des gemieteten Wächters einen anderen.

„Wo ist mein Wächter?“ fragte er erstaunt.
„Du irrst, Schib, ich bin dein Wächter“, erwiderte der andere.
„Ich bin der Stellvertreter jenes Mannes, den du gemietet hast. Er sitzt im Caféhaus und gibt mir für meine Arbeit monatlich ein halbes Pfund. Sei beruhigt, deinem Boote wird nichts geschehen.“

Das nächste Mal fand der Deutsche statt des Stellvertreters einen zwölfjährigen Knaben bei seinem Boote.

„Wo ist mein Wächter?“
„Du irrst, Schib, ich bin dein Wächter. Ich bin der Stellvertreter des Stellvertreters jenes Mannes, den du gemietet hast. Er sitzt im Caféhaus und zahlt mir für meine Arbeit im Monat zwei Pfund.“

„Wo ist mein Wächter?“
„Du irrst, Schib, ich bin dein Wächter. Ich bin der Stellvertreter des Stellvertreters jenes Mannes, den du gemietet hast. Er sitzt im Caféhaus und zahlt mir für meine Arbeit im Monat zwei Pfund.“

Die Geschichte kann man in das Endlose fortsetzen. Manche Kaufleute erzählen, daß sie es bis zu zehn Stellvertretern gebracht haben. Muß diesen Menschen die Maschine nicht als der angenehmste „Stellvertreter“ erscheinen?

II.

Der Araber ist ein ausgezeichnete Automobilist, aber Wagen und Maschine halten nicht sehr lange in seinen Händen, und die Zündungsleitungen seiner Fahrzeuge pflegen nach geraumer Zeit ein unentzerrbares Gewirr von zertrümmerten und wieder geflickten Kabeln zu sein, die er mit Kupferdrähten ausbessert, wie er einst die zerbrochenen Federn seiner Pflugerwagen mit Bindfäden flickte. Hätte er mehr Vermögen, er würde, die Pfeife rauchend, nichtswendend auf der Erde inmitten eines Gartens von Maschinen liegen, die dem Orientalen das schönste Wunder von Tausendundeine Nacht sind.

Bagdad ist nach dem Kriege auf dem besten Wege, seine Schnur zu erfüllen. Es besitzt heute drei Bahnhöfe, hat zahlreiche Automobile. An den Straßenenden stehen die großen sauberen Tankstellen der Shell- und Esso-Compagny. Mächtige Motorpumpen strecken längs des Flusses die Eisenträger ihrer breiten schwarzen Saugröhren in die gelbe Tigrisflut. Vor den Toren der Stadt erhebt sich die erste Baumwollfabrik. Seit dem letzten Jahre besitzt Bagdad sogar ein Museum, in dem die goldblitzenden Schätze der neuen Ausgrabungen von Ur, der Heimatstadt Abrahams, sorgfältig in hellen Räumen ausgestellt sind. Ja, die Stadt hat sogar ihr Kriegedenkmal, eine geschmacklose Bronzefigur des Generals Maude, des hier gestorbenen Eroberers von Bagdad, ein lautes und häßliches Zeugnis der englischen Herrschaft.

Immer mehr nimmt das östliche Bagdad westliche Züge an. Es besitzt seine arabischen Fußballclubs, seine Vereinerungen arabischer Pfadfinder. Selbst Pferderennen finden in Bagdad statt; denn nirgends dürfen sie mit größerem Rechte zu Hause sein als in einem Lande, das die schönsten Pferde der Welt besitzt.

Auf den Straßen begegnet man zahlreichen jungen Arabern in weißen Anzügen, mit schwarzen Kappen, die halb an die alte persische Kula, halb an die englische Tammykappe erinnern. Es sind die Kopfbedeckungen, die von allen Beamten getragen werden, die im englischen Dienste stehen. Geht man die Neue Straße entlang, könnte man fast glauben, daß die Bevölkerung Bagdads nur noch aus solchen Beamten bestehe; denn da die Eitelkeit der Araber groß ist, der Besitzer einer solchen Kappe gewisse Vorteile genießt, wird sie auch von vielen getragen, die nicht in einem Amte tätig sind.

Überall längs der Straße bewegen an den Decken der Räume die breiten Flügel der elektrischen Ventilatoren wie große Insekten ihre surrenden Flügel, und zwischen all dem läßt aus den Caféhäusern die näselnde Stimme arabischer Grammophone. Im Kriege sangen sie noch „Long, long is the way to Tipperary“. Seitdem hat der aus Beirut stammende und in Berlin anläufige Araber Beda den ganzen Orient mit Spielplatten mit arabischen Liedern versorgt. Er hat die besten Volkslieder, Musikanten und Sängerinnen im Lande dafür angeworben und in kurzer Zeit ein Millionenvermögen damit verdient.

Die alten Märchenerzähler lücheln man in den Trinkhallen vergebens. In seinen weiten Mantel gebüllt, sitzt der Araber Bagdads Kopf an Kopf in den Caféhäusern, die Füße hochgezogen, und über seinen Halsbalken läßt er laut und laut der gequälte, uns Nordländern so fremde arabische Gesänge des Grammophons, während er schweigend den kalten Rauch seiner

Wasserpfeife vor sich hindulkt. Er braucht keine Pferde und Ochsen mehr, um das Wasser in seine Palmengärten zu pumpen, keine Kamelkarawanen, keine Lustfächer und Musikanten.
Die Maschine tut alles für ihn. Sie singt jagat.

III.

In Bagdad habe ich während des Krieges das schwerste Jahr meines Lebens verbracht. Die Häuser, die Kaufhallen, die Trappiere, alle Menschen erschienen mir damals sinnlos und zauberhaft. Nun gehe ich in den Straßen umher und frage mich, woher es kommt, daß dies alles mich nicht mehr mit aller Stärke anrührt?

Was Bagdad noch im Kriege seinen besonderen Reiz verlieh, war nicht die Erinnerung an Tausendundeine Nacht. Von jenen Zeiten, wo vor zwölfhundert Jahren die Kassen hier ihre Glanzherrlichkeit führten, war auch damals nichts mehr zu erkennen. Die prunkvollen Paläste, die Moscheen, die Festungswerke, die Kanäle und Brücken waren seit Jahrhunderten zerfallen. Bagdad war auch im Kriege nicht mehr als ein ausgezehmtes Dorf, in dessen Kaufstraßen die städtischen Händler und die Beduinen der Wüste sich begegneten. Aber gerade durch diese geheimnisvolle Ursprünglichkeit ihres orientalischen Wesens gewann die Stadt einen besonderen Reiz. Durch ihre engere Verknüpfung mit der westlichen Erde, ihre Autostraßen und Eisenbahnen, hat sie den farbigen Glanz ihrer Träume verloren.

Und doch ist es dies nicht allein, was mich bei ihrem Wiedersehen enttäuscht. An der Hauptstraße von Bagdad liegt eine Buchhandlung, in der englische Bücher ausgestellt sind. Auf einem las ich den Titel „The Secret of Kuttite. An authentic story of Kut, Adventures in captivity and Stambul intrigue“. Ich kaufte

Lola Landau: Die Spinnstofffabrik

Weit draußen an der Peripherie der Großstadt liegt die Spinnstofffabrik. Hinter dem Kanal, zwischen freien Feldern, reckt sich die Schornsteine des Gebäudes wie lange Finger hoch. Hier arbeiten siebenhundert Frauen. Jeden Morgen um 6½ Uhr, wenn die Fabriksirene heult, strömen sie hier aus den verschiedensten Teilen der Stadt zusammen; manche brauchen anderthalb Stunden von der Wohnung bis zur Arbeitsstelle. Siebenhundert Frauen, vierzehnhundert Hände, aber nur Hände. Denn im Gehirne des Wertes, in der Organisation sind ausschließlich Männer beschäftigt.

„Aus Zellulose, aus Fichtenholz“, erklärte mir der Betriebsleiter im Büro, indem er mir ein Stück weiße Pappe und einen silberglänzenden Faden herüberreichte, „wird die Kunstseide gewonnen.“

Erstaunt betrachtete ich die wunderbare Verwandlung.
„Ja, wunderbar“, wiederholte mein Führer. „Aber diese künstliche Metamorphose ist viel mühsamer als die Arbeit der Natur, welche die Seidenraupe zwingt, sich in ihren faden Koton einzuspinnen. Wenn die Zellulose in Säuren getaucht, mit Schwefelkohlenstoff vermischt, als brandgelbes Pulver widererhalten, so ist sie immer noch im Larvenstadium. Noch einmal aufgelöst und durch seine Brausen in neue Säuren gepreßt, scheidet sie erst den Zellstoff als festen Körper aus, die ungeräumte Seide. Bis dahin lassen wir die chemische Arbeit in der Fabrik von Männern verrichten. Aber sobald der seidene Faden erscheint, übergeben wir die Arbeit der Frau, die mit ihren feineren und geschickteren Fingern das Material besser behandelt als der Mann.“

„Sind die Frauen für diese Tätigkeit besonders vorgebildet?“
„Nein“, war die Antwort, „wir lernen sie selber an. Zwei Monate ungefähr dauert es, bis sie die vollkommene Fertigkeit erlangen.“

Wir hatten den Hof durchschritten und schon von ferne dröhnte uns das stampfende Geräusch der Maschinen entgegen. In der riesenhaften Halle standen klein und wie verloren in weiten Zwischenräumen die Frauen vor den Maschinen. Ihre Gestalten wirkten seltsam winzig, so zwerghaft und erweckten das Gefühl einer sehr bedauerlichen Einsamkeit des Menschen inmitten einer fremden Welt.

Je eine lange Maschinenbahn, auf der sich vielleicht fünfzig weißglänzende Spulen drehten, wurde von einer Arbeiterin bedient. Mit schweigendem aufmerksamem Gesicht auf und ab schreitend, prüfte sie den Gang der Maschine, nahm die vollen Spulen ab und ersetzte sie durch leere Hüllen. Wählich blieb die Maschine automatisch stehen, ein Faden war gerissen. Die Arbeiterin eilte hinzu, knüpfte geschickt den neuen Knoten und hängte die schlechten Fäden wie ein loses Spinnwebstück herunter. Mit feinstem Tastsinn, das sich durch die Übung immer mehr ausbildet, drehte die Frau die

es. Sein Verfaller E. D. Mousley, ein englischer Subalternoffizier der Feldartillerie, hat den Fall von Kut el Amara und die türkische Gefangenensicht miterlebt. Wieder standen die abgemagerten Gestalten der gefangenen Engländer und Araber vor meinen Augen, wie sie in der Stille des mesopotamischen Sommers in Bagdad eintrugen, mit ihren dünnen Häuten, auf denen der Kopf mit dem schweren Tragenhut wie die Frucht einer Rohnsaude schwankte. Von den zwölftausend englischen und indischen Soldaten, die nach dem Fall von Kut el Amara in die Hände der Türken fielen, erlebten nur dreitausendsechshundert das Ende der türkischen Gefangenenschaft. Die Mehrzahl starb auf ihrem furchtbaren Todeswege durch die Wüste nach Konstantinopel. Unterwegs fielen sie vor Schwäche nieder, die Kranken Jüder zogen den Turban über das Gesicht. Ein Sterbender erzählte, daß er den Schritt des Kismet neben seinem Bette höre. Sie alle wanderten im Schalten des Todes, und zu müde, ihn zu fürchten, nahmen sie ihn ruhig hin. Auf einmal beim Lesen dieser Seiten begriff ich, was jenen Tagen in Bagdad für mich ihren wunderbar traurigen und unvergleichlichen Glanz verlieh. Es war die Nähe des Todes. Noch dem unheimlichsten Gegenstände der Welt schenkte er Schönheit und Bedeutung bei dem Gedanken, von ihr Abschied nehmen zu müssen. Vor meiner Erinnerung stand plötzlich ein kleines mondbezeichnetes Grashügel auf dem lehngedächerten Dach eines Hauses in Bagdad, das ich wenige Augenblicke später erblickte, nachdem ich das Sterbende eines Kameraden verließ. Damals war mir, als hätte ich nie im Leben etwas Schöneres gesehen als diese kümmerlichen halb verdorrten Halme. Ich schaute mich plötzlich, dieses Grashügel wieder zu berühren. Unwillkürlich griff ich in der Erinnerung mit den Händen danach, aber da löste sich alles in Rauch auf.

Die helle Luft zitterte um mich. Unschöne, eilige Gesichter bewegten sich an mir vorüber. Alles bebte von Lebenslust und Unrast auf den Straßen. Enttäuscht und ermüdet blickte ich mich um, und ich begriff — daß die Welt nur im Tode schön ist.

zarte Seide zwischen ihren Fingern. Ihre Hände, deren Haut für diese Tätigkeit niemals rau oder rissig sein darf, schienen mit einem neuen Sinn begabt, die feinste Unebenheit des Fadens zu erkennen, wissend wie Blinden Hände. Trotzdem mußten die Augen mithelfen. Denn unausweichlich lief ihr Blick, dieser besondere weibliche Blick für die Einzelheiten, die Reihe der freistehenden Spulen herunter, die sich wie helle, silberne Tänzerinnen bewegten, in ihrer Leichtigkeit ein phantastischer Gegensatz zu der schweren und monotonen Arbeit der Frau. Denn wie sehr muß das Auge nach einer gewissen Zeit ermüden, wie schwer werden die Füße nach dem stundenlangen Stehen. Aber nicht die kleinste Unregelmäßigkeit darf der Arbeiterin entgehen, wenn die Seidenrolle in reinster Qualität vollendet werden soll.

Unwillkürlich mußte ich an die Spinnstuben der Frauen in der vergangenen Zeit denken, wie sie das Spinnrad treibend, bei der Arbeit plauderten, Nieder sangen oder ihren Träumen nachgingen. Bei der Arbeitsweise in einer Fabrik ist eine Flucht in andere Gedanken unmöglich, und hier wird jeder menschliche Laut von dem Dröhnen der Maschinen verschlungen.

An anderen Tischen sind Frauen damit beschäftigt, die fertigen Seidenpulen einzupacken. Sie heben jede einzeln sorgsam an das Licht und betrachten sie genau, ob sich kein Fehler im Gewebe zeigt. ehe sie die Spule in Papier hüllen und verpacken. Die Fingerringen und strecken sich in unheimlicher Geschwindigkeit wie kleine Raschmentteile. Über unheimlich vom Auge zur Hand rollte diese Arbeit in unermüdlichem Kreislauf; niemals kann das menschliche Auge durch die Maschine vollkommen ersetzt werden. Die Handarbeit ist hier nicht überwinden.

In einem anderen Raum wird die Seide von den einfachen Rollen auf Spulen vor größerem Umfange durch Maschinen abgewickelt. Ein Reih seidener Fäden ist zwischen den zierlichen Spindeln und den breiten Walzen ausgepannt; der Apparat sieht aus wie eine Klaviatur, die mit jarten silbernen Saiten überzogen ist. Doch auch hier ist die Musik nur dröhnendes Maschinengeräusch. Eine Frau überwacht dieses Instrument, auf dem vielleicht vierzig Spulen laufen. Hin und wieder greift sie in das Regwerk, um schlechte Fäden wie Wickelringe zu entfernen, die kleinste Unordnung zu beseitigen, die Harmonie herzustellen. Ihre Arbeit wie die aller anderen verlangt acht Stunden angepannter Aufmerksamkeit und blühendste Beobachtung der winzigsten Störung.

Während die Spindeln im Kreise tanzen, strömt von ihnen ein fremder Glanz in die kalte Halle, ein Vorzeichen all der schimmernden Stoffe, die festliche Menschen schmücken werden. Aber merke ich denn, aus welcher Mühe und eindringlichen Geduld dieses schöne Glänzen entstand. Wer nur einmal den rastlosen Händen zusah, wird mit Ehrfurcht den Stoff berühren, den die Arbeit aus einem Stück unheimlicher Pappe in blühende Seide verzaubert hat.

Mutter mit 200 Kindern

In den südrussischen Steppen, auf dem Balkan und in der ungarischen Tiefebene gibt es eine noch wenig bekannte Spinne mit merkwürdigen Brutgewohnheiten, von der der bekannte Münchener Tierpsychologe Prof. Bastian Schmid erzählt. Es ist die größte Spinne Europas, die dem Geschlechte beobachtet diese Spinne vornehmlich auf der Wallenfes-Halbinsel Tihana, und zwar besonders Weibchen, die ihre Jungen auf dem Rücken tragen. Bei einer Spinne zählte er über 200 Junge, bei einer anderen weniger, da beim Entfangen des Tieres viele von den Kleinen einschlüpfen. Im Terrarium waren die Jungen zunächst sehr unruhig, sammelten sich dann aber wieder auf dem Rücken ihrer Mutter und verließen diesen Hochsitz erst häufiger, als sie heranwuchsen und täglich Nahrung aufnahmen.

Besonders interessant ist die Art, wie die Jungen auf dem Rücken ihrer Mutter Platz nehmen. Die zu unterst sitzenden Kleinen ziehen ihre Beine vollständig ein; je höher sich aber diese Pyramide von Spinnensproßlingen aufbaut, um so stärker ändert sich die Stellung der Gliedmaßen. Bei oberen greifen immer weiter mit den Beinen aus, um sich auf den unteren festzuhalten, und die, welche ganz oben auf der stumpfen Pyramide sitzen, spreizen die Beine völlig von sich, um dadurch das Ganze festzuhalten. Die von Schmid beobachteten Mutterspinnen gingen nach 14 Tagen ein, nachdem sie vorher immer weniger Nahrung zu sich genommen hatten und von Zeit zu Zeit in den Zustand völliger Bewegungslosigkeit verfallen waren. Die Mütter sterben nach der zweiten Häutung der Jungen. Als er einem kinderlosen Weibchen einige Junge belag, konnte er beobachten, wie diese auf die fremde Spinne genau so wie auf die eigene Mutter hinaufkletterten. Die alte Spinne tat ihnen nichts, trotz der sprichwörtlichen Feindschaft, die sonst unter Spinnen herrscht.

In der freien Natur leben diese Spinnen in lehrkräftig in die Erde gebenden Höhlen, die bei einem Durchmesser von etwa

2,5 Zentimeter 10 bis 30 Zentimeter tief sind. Die Spinne tapeziert die Höhlenwände mit einem feinen Gespinnst aus, um einem Einsturz dieses Schachtes vorzubeugen. Die Jungtiere legen ihre Wohnungen zunächst in ganz bescheidenen Ausmaßen an. Die Erde, die sie Krümelnchen um Krümelnchen herausheben, verstreuen sie ringsumher.

Die galanten Schimpanse

Junge Schimpanse sind in zoologischen Gärten viel häufiger als die Jungen anderer dem Menschen nahestehender Affen, weil sie unter rauheres Klima besser als Orang-Utans, Gorillas oder Gibbons vertragen können. Leider ist auch den Schimpanse bei uns ein frühes Ziel gesetzt, immerhin bleiben sie bei sorgfamer Pflege monatelang, in günstigen Fällen 2, ja bis 14 Jahre am Leben und ergötzen die Besucher durch ihr menschenähnliches Gebaren und allerlei erlernte Kunststücke. Sehr geschickig zeigte sich ein junges Schimpansegeschwisterpaar im Londoner Zoologischen Garten. Wenn Besucher in das Affenhaus kamen, schloß der Wärter den Käfig von außen auf, worauf sie die Tür öffneten. Auf seine Begrüßung kletterten sie auf ein Brett, setzten sich nebeneinander und führten die rechte Hand an die Stirn. Dann erhielt der Bruder eine Tasse Milch und einen Löffel mit der Mischung, die Schwester zu füttern. Hatte sie genug, so wurde ihm befohlen, sich selbst zu versetzen und dann die Tasse auszutrinken, was er auch tat. Dann erhielt er zwei Äpfel oder Bananen von verschiedener Größe und gab regelmäßig der jüngeren Schwester das größere Stück. Ebenso verfuhr er einem Herrn und einer Dame gegenüber; stets erhielt die Dame das bessere Teck, ohne daß es eines Winkes vom Wärter bedurfte hätte.

Was erlernt wird. Die im Jahre 1930 zum Patent angemeldeten Erfindungen beschäftigten sich zum größten Teil mit Radio, Fernsehen, Film und sonstiger Photographie.

Das Wort „Vjama“ stammt aus dem hindostanischen, wo es soviel wie „Beinbefleischung“ bedeutet.

*) Bagdad ist die Hauptstadt des kürzlich von den Engländern als selbständig erklärten neuen Staates.

